



BACHELORARBEIT

Herr
Joris Krüger

Grenzen des Undercover-Journalismus

2015

Grenzen des Undercover-Journalismus

Autor:
Herr Joris Krüger

Studiengang:
Medien, Sport und Eventmanagement

Seminargruppe:
AM11wS1-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Olaf Sonfeld ass. Jur.

Einreichung:
Mülheim an der Ruhr, 19.01.2015

Limits of Undercover Journalism

author:
Mr. Joris Krüger

course of studies:
Medien, Sport und Eventmanagement

seminargroup:
AM11wS1-B

first examiner:
Prof. Kurt-Ulrich Mayerich Mayer

second examiner:
Olaf Sonfeld ass. Iur.

submission:
Mülheim an der Ruhr, 19.01.2015

Abstract

In der nachfolgenden Bachelorarbeit geht es um die Grenzen der Berichterstattung des Undercover-Journalisten in Deutschland. Die Arbeit beleuchtet nach einer Einführung in die Definition und Methodik des Undercoverjournalismus sowie einer kurzen historischen Übersicht über verdeckt recherchierte Fälle neben den rechtlichen Grenzen auch die journalistisch-methodischen und institutionell-systemischen Probleme des Undercover-Journalismus. Ferner wird auch die Akzeptanz der Methoden des Undercover-Journalismus innerhalb der Öffentlichkeit anhand einer älteren, repräsentativen sowie einer jüngeren, nicht repräsentativen Umfrage ermittelt: Die Ergebnisse belegen, daß die positive Wahrnehmung die negativen Eindrücke überwiegt. Der Überblick legt inmsgesamt nahe, dass es vor allem finanzielle und systemische, weniger rechtliche Elemente sind, die die den Undercover-Journalisten in seiner Arbeit beschränken.

Bibliografische Angaben

Krüger, Joris

Grenzen des Undercover-Journalismus

Limits of Undercover Journalism

57 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2015

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

1. Einleitung & Forschungsstand.....	1
2. Definition & Methodik.....	3
2.1. Begriffsbestimmung und Motivation.....	3
2.2. Methodik	5
2.2.1. Die Video-Reportage.....	6
2.2.2. Die schriftliche Reportage.....	7
3. Historischer Überblick.....	8
3.1. Die Anfänge des Undercover-Journalismus.....	8
3.2. Bekannte Fälle des Undercoverjournalismus.....	9
4. Grenzen des Undercoverjournalismus.....	11
4.1. Institutionelle Schwierigkeiten.....	11
4.1.1. Widerstand von Verlagen und Sendern.....	11
4.1.2. Fehlende Finanzierung durch die öffentliche Hand.....	14
4.1.3. Externe Einflussmöglichkeiten.....	16
4.2. Journalistisch-methodische Kritik	18
4.2.1. Verstöße gegen den Pressecodex	19
4.2.2. Tendenziöse Motivlage	21
4.2.3. Journalistische Glaubwürdigkeit	25
4.3. Juristische Schranken.....	26

4.3.1. Persönlichkeitsrecht	27
a) Namensnennung.....	27
b) Tonaufnahmen	29
c) Filmaufnahmen und Photographien	32
4.3.2. Urkundenfälschung und Dokumentenmissbrauch.....	36
4.3.3. Nichtanzeige geplanter Straftaten.....	37
4.3.4. Nachstellung und Hausfriedensbruch	38
a) Nachstellung	38
b) Hausfriedensbruch	39
4.3.5. Zivilrechtliche Grenzen.....	42
4.4. Akzeptanz und Effizienz des Undercover-Journalismus.....	44
4.4.1. Öffentliche Akzeptanz und Ablehnung	44
4.4.2. Effizienz des Undercoverjournalismus und Ausblick.....	48
5. Bilanz	49

Literaturverzeichnis

Eigenständigkeitserklärung

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Akzeptanz umstrittener Rechertechniken in Deutschland.....	45
Abb. 2: Aktuelle Umfrage	46 f.

Abkürzungen

Abkürzungen werden im Text erklärt.

1. Einleitung & Forschungsstand

Schläge im Altersheim, mangelnde Hygiene im „Fast-Food-Restaurant“ oder Firmenmitarbeiter, die ihre Kunden abzocken wollen, allesamt gefilmt von einer versteckten Kamera - dies sind nur einige der dem Fernsehpublikum bestens bekannten Fälle eines Journalismus-Genres, das vor allem im Fernsehrundfunk seit einigen Jahren zunehmend populärer wird: des sogenannten Undercover-Journalismus.

Tag für Tag wird der Zuschauer mit neuen "Enthüllungsbeiträgen" konfrontiert, die mit Hilfe dieses "verdeckten" oder "heimlichen" Journalismus zumeist in den zahlreichen täglichen Reportageformaten präsentiert werden.

Der bekannteste Vertreter des Undercover-Journalismus in Deutschland ist Günther Wallraff, der zuletzt mit Beiträgen unter dem Titel "Team Wallraff" für den Fernsehsender RTL Missstände innerhalb verschiedenster privatwirtschaftlicher Bereiche aufdeckte.

Weitaus seltener sind demgegenüber „undercover“ erarbeitete Themen in tatsächlichen Politmagazinen. Denn verdeckte Recherchen zu Fällen mit realem politischen Hintergrund sind um einiges aufwendiger und daher kaum finanzierbar. Noch rarer gesät sind klassische Fälle des Undercover-Journalismus, in denen Pressevertreter über einen längeren Zeitraum innerhalb eines bestimmten Milieus ermitteln, das eine gewisse politische Brisanz aufweist.

Neben diesen angedeuteten strukturellen Grenzen des Undercover-Journalismus bestehen aber vor allem auch juristische Grenzen dieser Recherchearbeit. Denn was den Zuschauer freuen mag, kann ebenso einer Konkurrenzfirma der medial bloßgestellten Firma nützlich sein. So entstehen eine Reihe von Problemen hinsichtlich einer möglichen Wettbewerbsverzerrung und eines grundsätzlichen Interessenkonfliktes des Journalisten bei der Annahme finanzieller Unterstützung für seine Reportagen, wie unter 3.2. gezeigt wird.

Bereits dieser erste flüchtige Blick auf den Undercover-Journalismus deutet an, wie breit gefächert die Probleme und Schwierigkeiten dieses Themenfeldes

gestreut sind und weist auf die Grenzen dieser Form des Journalismus hin.

Um so mehr erstaunt es, dass zwar eine ganze Reihe von Büchern über den investigativen Journalismus erhältlich sind, der diesem zugeordnete „Undercover-Journalismus“ aber im deutsch-sprachigen Raum bislang nicht gesondert wissenschaftlich untersucht wurde; es existiert nicht einmal ein Buch, das sich in objektiver Weise mit dieser Form des Journalismus auseinandersetzt. So mangelt es bereits an einer normierten Definition des Undercover-Journalismus. Erwähnung findet er dagegen als Rollen(spiel)reportage in verschiedenen Werken über Reportagen und investigativen Journalismus.

Die vorliegende Untersuchung kann innerhalb des vorgegebenen Rahmens die bislang vernachlässigte wissenschaftliche Erfassung des Phänomens des Undercover-Journalismus nicht in Gänze nachholen und muss sich auf einen Überblick über den Undercover-Journalismus und seine Grenzen beschränken. Nach einer Übersicht über die Definition und Methodik des Undercover-Journalismus wirft die Darstellung einen kurzen Blick auf seine Geschichte und aktuelle Fälle. Anschließend werden die Grenzen dieser Form des Journalismus erörtert, die strukturell-systemischer, beruflicher und juristischer Natur sind.

Abschließend soll erörtert werden, inwieweit der Undercover-Journalismus die vorgegebenen Grenzen überschreitet und ob die Ergebnisse dieser Recherche- und Informationsform überhaupt rechtfertigen können.

2. Definition & Methodik

Als Journalismus wird die regelmäßige Veröffentlichung von Beiträgen in Presse, Rundfunk oder Online-Medien bezeichnet, die sich an die Öffentlichkeit richtet. Aufgabe des Journalismus ist dabei an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken, also der Bevölkerung Informationen zu liefern, mit denen sie sich ein Bild von der Umwelt machen kann. Aufgrund dieser Aufgabe wird der Journalismus oft als "vierte Gewalt" bezeichnet, die eine wichtige Säule des Rechtsstaates neben der Gesetzgebung, Gesetzesausführung und Rechtsprechung ausmache.¹

Eine der wichtigsten Aufgaben des Journalisten ist in diesem Zusammenhang das Recherchieren und Dokumentieren. Beides dient zum einen dazu, Material für eine Veröffentlichung zu beschaffen, zugleich aber auch den Inhalt der Veröffentlichung mit einer Legitimation zu versehen: Der Wahrheitsgehalt einer Geschichte wird durch protokollierte oder mitgeschnittene Aussagen sowie durch Bild- und Tonmaterial eines Geschehens erhärtet oder gar "erwiesen".²

2.1. Begriffsbestimmung und Motivation

Eine immer beliebter werdende Methode der Recherche und Dokumentation ist der Undercover-Journalismus. Diese Bezeichnung ist der anglierte Begriff für die verdeckte Recherche (Undercover = geheim/verdeckt), in der ein Journalist ermittelt, ohne sich als Vertreter der Presse zu erkennen zu geben. Zumeist nimmt der Journalist für diese Form der Recherche eine falsche Identität an und verschafft sich eine fiktive Legende bzw. Biographie. Unter dem Deckmantel der falschen Identität und der Verdeckung seiner tatsächlichen Motivation, nämlich

¹ Vgl. Fabris (1981), S. 239-264.

² Ludwig (2014), S. 7: "Der Begriff „Fourth Estate“ (Vierte Gewalt), der in diesem Zusammenhang entstanden ist, ist deshalb alt – er stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. In den USA hat diese Mentalität, den Oberen auf die Finger zu schauen, später, dafür aber nicht minder nachhaltig, eingesetzt. Im deutschen Sprachraum ist eine solche Einstellung, die Medien als eigenständige Kontrollinstanz („Watchdog“) zu begreifen, noch vergleichsweise unterentwickelt."

heimlich Dinge aufzunehmen oder zu protokollieren, erhofft sich der Undercover-Journalist eine Umgehung von Widerständen des Objektes der Berichterstattung und somit eine erfolgreichere Recherche.

Aufgrund der Einnahme einer bestimmten Rolle für die Recherche firmiert der Undercover-Journalismus in Deutschland oft als „(verdecktes) Rollenspiel“³ oder „Rollenreportage“⁴, obgleich die Undercover-Recherche nicht zwangsläufig zu einer Veröffentlichung als Reportage führt und das Rollenspiel nicht zwangsläufig verdeckt durchgeführt wird.⁵

Zu beachten ist allerdings, dass es sich beim Undercover - Journalismus weniger um eine neue Form der Reportage, denn um eine relativ neue Recherchetechnik handelt, worauf bereits Michael Haller hinwies.⁶

Obgleich eine wissenschaftliche systematische Erfassung und Zuordnung des Undercover-Journalismus bislang noch aussteht, kann er methodisch dem "Enthüllungsjournalismus" oder "Investigativen Journalismus" zugerechnet werden,⁷ wobei der letzte Begriff größere Verbreitung und Relevanz besitzt. Investigativ meint hier eine besonders eindringliche Form der Recherche (lat. "investigare" = genauestens untersuchen), mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über verborgene Missstände in Staat und Gesellschaft zu informieren.⁸

"Journalismus muss investigativ sein", so formuliert es Lars-Marten Nagel, "um seiner gesellschaftlichen Aufgabe als Wachhund gerecht zu werden."⁹

"Enthüllungen – so ein deutschsprachiger Begriff – über bisher unbekannte Sachverhalte bzw. unterschlagene Wirklichkeiten, die der öffentlichen Aufklärung dienen, sind in der Regel unerwünscht – zumindest aus der Sicht derer, die Objekt der Recherchen sind", fasst Johannes Ludwig ein wesentliches Charakteristikum des Investigativen Journalismus zusammen, das vor allem auch für den Undercover-Journalismus Geltung beanspruchen kann.¹⁰

³ Haller (2006), S. 38

⁴ Nagel (2007), S. 77 ff.

⁵ Siehe dazu Haller (2006), S. 128

⁶ Haller (2006), S. 39, der in diesem Zusammenhang auch von "recherchierter Reportage" spricht.

⁷ Vgl. dazu Breidbach (2009)

⁸ Vgl. Eichhoff (2010), S. 19 f.

⁹ Nagel (2007), S. 35 f.

¹⁰ Ludwig (2002), S. 14

Aus diesen Faktoren ergibt sich eine heute weitgehend anerkannte Definition des Investigativen Journalismus, die Lars-Marten Nagel wie folgt wiedergibt:

„Investigativer Journalismus ist eine Form des Recherche-journalismus [...] bei der durch persönliches Engagement und intensive Recherche des Journalisten bisher unbekannte Sachverhalte von hoher gesellschaftlicher Relevanz öffentlich gemacht werden, die Einzelne, Gruppen oder Organisationen verbergen möchten. Ziel des investigativen Journalismus ist, im öffentlichen Interesse und gegen den Widerstand von Betroffenen Missstände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzudecken und somit zu deren Beseitigung anzuregen.“¹¹

Auf den Undercover-Journalismus treffen diese Faktoren in der Regel ebenfalls zu. Selbst der inflationär verwendete Fernsehreport, der sich versteckter Kameras zur Entlarvung von Straftätern oder zur Aufdeckung von Missständen bedient, fällt zumeist unter diese Definition. Ausgenommen sind Filmreportagen, die in wenigen Kameraeinstellungen umgesetzt werden. Hier entfällt das Kriterium der „intensiven Recherche“. Generell wäre aber im Einzelfall darüber zu streiten, inwieweit bei einer solchen Reportage tatsächlich „eine hohe gesellschaftliche Relevanz“ einschlägig ist.¹²

2.2. Methodik

Das verdeckt recherchierte Material eines Undercover-Journalisten wird entweder als Bericht oder – weitaus häufiger – in Form einer Reportage verwertet. Während der Bericht eine sachliche Darstellung eines Geschehens innerhalb eines Presseartikels oder einer Buchveröffentlichung darstellt, wird die Reportage durch Subjektivierung der Schilderung charakterisiert. „Die Reportage ist das Gegenteil von journalistischer Anarchie“¹³. Die Reportage ist eine „informierende“¹⁴ Berichtsform, die ein Ereignis aus der Sicht eines Augenzeugen vor Ort widerspiegelt. Der Reporter nimmt den Leser oder Hörer durch seine Schilderung

¹¹ Nagel (2007), S. 40

¹² Etwa wenn – wie schon geschehen – mit versteckter Kamera getestet wird, wie viele Menschen sich nach dem Sanitärgang auf öffentlichen Toiletten die Hände waschen. Eine Undercover-Recherche, die sicherlich auf den Widerstand der der Unterlassung überführten rechnen kann, ohne aber eine größere Relevanz für den Fernsehzuschauer zu entfalten.

¹³ Schneider/Raue (1998), S. 105

¹⁴ La Roche (2004), S. 144

mit an den Ort des Geschehens. Die Leserschaft sieht die Tatsachen mit den Augen des Reporters, dadurch wird der Bericht subjektiv. Dennoch sollte sich der Berichterstatte bei der Recherche und Beschreibung um Objektivität bemühen¹⁵, denn sie erlaubt keine Erfindung und kein hinzudichten.

Im klassischen Undercover-Journalismus wechselt der Reporter vom objektiven Betrachter zum „Mitspieler oder Hauptakteur, bleibt aber für die anderen Beteiligten inkognito.“¹⁶ In Bezug auf Günter Wallraffs Methoden konstatiert Jessica Breidbach, „dass er durchaus aktiver Teilnehmer ist und Situationen nicht nur durch seine Anwesenheit beeinflusst, sondern im Zuge seines spezifischen Erkenntnisinteresses auch initiiert oder verändert.“¹⁷

2.2.1.Die Video-Reportage

Die häufigste Anwendung erfährt der Undercover-Journalismus heute in Form der Video-Reportage, die dann im Fernsehrundfunk ausgestrahlt oder – seltener – im Internet abrufbar ist. Bei dieser Variante wird zumeist mit einer versteckten Kamera gearbeitet, mit der heimlich Aufnahmen von Dingen gemacht werden, die Gegenstand der Untersuchung sind.

Die Reportage wird dabei anders als der Bericht dramaturgisch aufgebaut, wobei der Autor seine subjektive Sichtweise auf den Gegenstand seiner Arbeit einfließen lässt, ohne die Objektivität als solche aufzugeben.¹⁸

Der Vorteil einer Video-Reportage liegt zudem darin, Behauptungen und Anliegen der Reportage glaubwürdig zu machen, wie Günter Wallraf argumentiert:

„Die Nennung von Name, Ort, Zeit (also durch Heraustreten aus dem Fiktiven) erhöht die Glaubwürdigkeit. Das Dargestellte wird nachprüfbar. Zum andern, die aus ihrem Schonbereich hervorgeholten Repräsentanten geraten unter öffentliche Kontrolle. Autorität (zuweilen Ehrfurcht) wird zerstört, indem zum Beispiel Namen, die vielleicht im regionalen oder auch überregionalen Bereich zu Gütezeichen oder

¹⁵ Vgl. La Roche (2004), S. 144

¹⁶ So Haller (2006), S. 39

¹⁷ Breidbach (2009) 2.4.

¹⁸ Vgl. dazu La Roche (2004), S. 144; siehe auch Schneider (1998), S. 105: „Subjektivität meint die Auswahl der Tatsachen durch den Erzähler.“

Symbolen geworden sind, demaskiert werden, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Symbole zu dem der Ausbeutung. Erste Ansätze des Willens nach Änderung und Befreiung können so entstehen.“¹⁹

2.2.2. Die schriftliche Reportage

Bei der schriftlichen Reportage sammelt der verdeckt ermittelnde Journalist über einen längeren Zeitraum hinweg Informationen zu einem bestimmten Thema und verwendet diese für eine spätere Veröffentlichung eines längeren Artikels oder eines Buches. Oft wird das für einen Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel gesammelte Material anschließend auch in Buchform publiziert.²⁰ Während die Trennung zwischen der Videoreportage und der schriftlichen oder Reportage früher eindeutiger war, verschwimmen diese Grenzen im Zuge des Fortschritts der Medientechnik zunehmend. War es früher noch aufwendig, mit versteckter Kamera zu drehen, so bieten die immer günstiger zu erwerbenden Miniaturkameras heute die Möglichkeit, sie ohne großen Aufwand und auch ohne Gefahr der Entdeckung zum Einsatz zu bringen. Aus diesem Grund verwenden auch Journalisten, deren Primärziel in einer schriftlichen Veröffentlichung gesammelten Materials in Printmedien besteht, in der Regel Filmkameras, um bestimmte Geschehnisse zu dokumentieren.

Der Hörfunk, in dem bereits der investigative Journalismus insgesamt kaum eine Rolle spielt,²¹ weist für den Undercover - Journalismus keine Relevanz auf.

Und auch das Internet hat – noch – eine sehr marginale Bedeutung für Themen des Undercover - Journalismus.²²

¹⁹ Wallraff (1973), S. 73

²⁰ Vgl. Nagel (2007), S. 45

²¹ Vgl. Nagel (2007), S. 113, der lediglich das Format Hintergrund-Politik des „Deutschlandfunks“ nennt.

²² Vgl. Nagel (2007), S. 113

3. Historischer Überblick

3.1. Die Anfänge des Undercover - Journalismus

Die Anfänge des Undercover - Journalismus reichen zurück bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Die ersten „Rollenspiele“ sollten ihren – zumeist mittelständischen Lesern – extreme Lebens- und Arbeitsbedingungen näher bringen.²³

Eines der frühesten Beispiele für Undercover - Journalismus geht zurück auf das Jahr 1887, als sich die Reporterin Nellie Bly mit einem vorgetäuschten Nervenzusammenbruch in eine Nervenheilanstalt für Frauen einweisen ließ, um dort die dort herrschenden grausamen Zustände zu dokumentieren.²⁴

Einige Verbreitung fand auch die aufwendige verdeckte Recherche von William Thomas Stead, der in den 1870er Jahren einen florierenden Handel mit minderjährigen Mädchen aufdeckte.²⁵

Das wohl bekannteste Beispiel für frühen Undercover - Journalismus ereignete sich jedoch um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Damals hatte sich der amerikanische Publizist Upton Sinclair (1878-1968) als Arbeiter auf einem Schlachthof anstellen lassen, um die dort herrschenden Produktions- und Lebensbedingungen zu dokumentieren. Die von Sinclair gewonnenen Erkenntnisse wurden in mehreren Zeitschriftenbeiträgen und einem anschließenden, 1906 erschienenem Buch („The Jungle“ - dt. Der Dschungel) publiziert. In Reaktion auf die Enthüllungen über die dortigen Zustände kam es in der Folge zu öffentlichen Kontroversen um den Tierschutz und die Behandlung von Schlachtern, zu einem Rückgang des Fleischkonsums und schließlich zur Verabschiedung eines Gesetzes, das Mindestanforderungen an die Hygiene und Schutzvorschriften stellte.

Zugleich führten Sinclairs Veröffentlichungen jedoch auch dazu, dass sich der damalige Präsident Theodor Roosevelt in seiner Regierungsarbeit beeinflusst sah und für die Enthüller von Missständen den Begriff „Muckracker“ (Schmutzaufwirbler) prägte.²⁶

²³ So Haller (2006), S. 38

²⁴ Vgl. Nagel (2007), S. 68

²⁵ Vgl. Haller (2006), S. 40 f.

²⁶ Ludwig (2002), S. 32.

Im deutschsprachigen Raum war es der Journalist Max Winter, der erstmals in den 1890er Jahren in der Rolle eines Obdachlosen auf soziale Missstände in Österreich hinwies. In den 1930er Jahren begab sich dann der Journalist Egon Erwin Kisch in andere Rollen, um bestimmte Milieus von innen zu beleuchten. So beschrieb er unter anderem die Arbeit innerhalb der spanischen Quecksilbermine von Almaden.²⁷

1959 wagte der amerikanische Journalist John Howard Griffin einen Selbstversuch und verkleidete sich als Schwarzer. Mit dieser Verkleidung reiste er sechs Wochen durch einige Südsaaten und hielt seine Erfahrung mit seinen Mitmenschen schriftlich fest. 1961 veröffentlichte er seine Eindrücke und Erlebnisse in seinem Buch „Black like me“. Mit seinem Buch erhielt Griffin große Resonanz und belegte sogar einen Platz in der amerikanischen Bestsellerliste. Sein Buch wurde auch verfilmt und kam 1964 in die amerikanischen Kinos. Er inspirierte auch Günter Wallraffs Rolle als ein aus Somalia stammender Deutscher²⁸.

3.2. Bekannte Fälle des Undercover - Journalismus

Im heutigen Deutschland ist der Undercover-Journalismus vor allem mit dem Namen Günther Wallraff verbunden. Wallraff gilt als „Vordenker“ und „Vormacher“, seine Undercover-Recherchen Anfang der 70er Jahre haben dazu geführt, dass diverse Methoden des Undercover-Journalismus „Eingang in die Rechtsprechung und den Pressecodex gefunden haben“.²⁹

Die bekanntesten Rollen, die Wallraff undercover spielte waren der somalische Flüchtling Kwami Ogonno (Filmreportage „Schwarz auf Weiss“ 2009), der türkische Gastarbeiter „Ali Levent Sinirlioğlu“ (Buchveröffentlichung „Ganz unten“ 1985) und der bei der Bildzeitung angestellte Redakteur Hans Esser (Buchveröffentlichung „Der Aufmacher. Der Mann, der bei „Bild“ Hans Esser war“ 1979).³⁰

²⁷ Für beide siehe Haller (2006), S. 38 f. Max Winter wird dabei als Pionier der wissenschaftlich recherchierten Reportage gewürdigt – „Wallraff der Monarchie“ -, während sich Kisch vor allem durch seinen eingängigen Reportagestil abhob.

²⁸ Wallraff (2012), S. 35

²⁹ Ludwig (2002), S. 34.

³⁰ Vgl. dazu Wallraff (1977), S. 7 ff.

Zuletzt sorgte Günter Wallraff 2014 mit einer Undercover-Enthüllungsserie für den Fernsehsender RTL für Schlagzeilen, die vor allem für die Schnellrestaurant-Kette „Burger King“ negative Auswirkungen hatte.

Die Reportagen von Günther Wallraff „haben die deutsche Vorstellung vom investigativen Journalismus langfristig geprägt“, meint auch Nagel, bedauert aber zugleich, dass etwa die Rollenreportagen des ehemaligen Stern-Reporters Gerhard Kromschöder „heute weit weniger bekannt, deshalb aber nicht weniger lesenswert“ seien.³¹

Fast zeitgleich zu Wallraff hatte Kromschöder sich unter falscher Identität als Giftmüllfahrer, Rocker, indischer Einwanderer, Neonazi, und – ebenso wie Wallraff – als türkischer Gastarbeiter ausgegeben, um für das Satire-Magazin „Pardon“ Geschichten zu recherchieren.³²

Ein der fernsehauffinen jüngeren Generation eher vertrautes Beispiel ist Caro Lobig, eine 21jährige RTL-Reporterin, die 2014 mit Hilfe einer verdeckten Kamera Arbeitsrechtverletzung beim Modeversandhaus „Zalando“ aufdeckte.³³

Ein weiterer der heute durch Fernsehbeiträge in der Öffentlichkeit bekannten Fälle des „politischen“ Undercover-Journalismus ist der des Journalisten Thomas Kuban, der über Jahre hinweg im rechtsextremen Milieu recherchierte und vor allem sogenannte Skinhead-Konzerte dokumentierte. Trotz der gesellschaftlichen Relevanz und generellen Zustimmung zu seiner aufklärerischen Arbeit im Neonazi-Milieu gab es Probleme, Investoren zur Erstellung des Film und eines Buches zu finden. Um wie viel schwerer wird es da, verdeckt erarbeitete Geschichten umzusetzen, die auf keine gesellschaftliche Lobby zurückgreifen können?

³¹ Nagel (2007), S. 55

³² Siehe dazu Nagel (2007), S. 77 ff.

³³ Bay, Lukas: Undercover-Reporterin Lobig, „Die Zalando-Mitarbeiter sind skeptisch“. URL: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/undercover-reporterin-lobig-die-zalando-mitarbeiter-sind-skeptisch/9826668.html> (Stand: 18.12.2014)

4. Grenzen des Undercover-Journalismus

Die Grenzen des Undercover-Journalismus definieren sich aus einer Reihe von Gesetzen und verbindlichen Vorschriften, aber auch durch ethisch-moralische Standards und journalistische Begleitumstände.

4.1. Institutionelle bzw. systemische Schwierigkeiten

Das Problem des Journalismus im Allgemeinen ist seine Finanzierung. Im Zuge sinkender Abonnentenzahlen sowohl der Tageszeitungen als auch der Wochenzeitschriften stellen Verlage immer weniger finanzielle Mittel für aufwendige Recherchen bereit. Undercover-Reportagen, die über den bloßen Einsatz versteckter Kameras hinaus reichen, können daher heute fast ausschließlich noch privat oder mit Hilfe externer Sponsoren betrieben werden.

Lediglich Undercover-Reportagen, in denen mit versteckter Kamera Missstände im Einzelhandel oder bei gewerblichen Dienstleistungen aufgedeckt werden sollen, sind ohne großen Aufwand und kostengünstig herzustellen, wobei ihr jeweiliger Wert für die Öffentlichkeit aber umstritten ist. Demgegenüber sind Formate, die eine Undercover-Tätigkeit über einen längeren Zeitraum erfordern - wie etwa „Team Wallraff“ - vergleichsweise teuer, weil die intensive Recherche und Drehvorbereitung viel Geld frisst und Sender dieses kaum zur Verfügung stellen: Enthüllungsjournalismus gilt daher als Möglichkeit, Reputation einzubringen, aber nicht unbedingt als wirtschaftlich sinnvoll.³⁴

4.1.1. Widerstand von Verlagen und Sendern

Redaktions- und Organisationsstrukturen bilden die Grundlage für investigative Recherchen, sie entscheiden darüber, ob und wie aufwendig Journalisten für Geschichten recherchieren. Laut den Erkenntnissen von Lars-Marten Nagel gibt es diesbezüglich ein starkes Gefälle zwischen verschiedenen Ländern: „Während

³⁴ Vgl. dazu die Studie „Politikjournalistinnen und –Journalisten“ der FU Berlin, S. 48; https://www.dfjv.de/documents/10180/178294/DFJV_Studie_Politikjournalistinnen_und_Journalisten.pdf. (Stand: 21.12.2014)

US-Zeitungen gezielt Geld und Personal für die Recherche bereitstellen und die Jagd nach dem preis- und prestigeträchtigen Skandal als lohnende Investition ansehen, bleiben Recherchejournalisten deutscher Tageszeitungen exotische Außenseiter. Der deutsche Redakteur ist allenfalls bedingt ermittlungsbereit.“³⁵ Eine Einschätzung mit der Lars-Marten Nagel nicht alleine steht. „Nur ein Magazin wie 'Der New Yorker' leistet sich noch den Luxus, Mitarbeitern monatelange Recherchen zu bezahlen“, bestätigt auch Burkhard Müller-Ulrich.³⁶

Ingmar Cario, ein weiterer Autor mit Schwerpunkt „Investigativer Journalismus“, resümiert: „In der Diskussion über investigativen Journalismus in Deutschland gab es schon immer eine Konstante – die Einigkeit über seinen geringen Stellenwert im deutschen Mediensystem.“³⁷

Hinzu kommt das sich ändernde Selbstverständnis des Journalisten. Wozu aufwendig recherchieren, wenn Informationen nur ein paar Internetclicks entfernt erreichbar scheinen? Diese Bequemlichkeit führt zu einem Absinken der journalistischen Qualität an sich.³⁸ Burkhard Müller-Ulrich sieht daher nicht zu Unrecht den Anbruch des Endes des klassischen Zeitalters des Journalismus: „Wir leben im Desinformationszeitalter. Die tägliche Quote von Fälschungen und Fehlleistungen im Nachrichtengeschäft ist alarmierend.“³⁹

Heribert Prantl, ein bekannter Journalist der „Süddeutschen Zeitung“ sieht sogar die Pressefreiheit selbst durch Verleger und Eigentümer bedroht, die den Journalismus „wegen echter oder vermeintlicher Sparzwänge kaputt machen [...]“. In Zeiten der einbrechenden Anzeigenerlöse“, so Prantls Fazit, „brechen auch die Grundsätze journalistischer Ethik schnell ein.“⁴⁰

Das aber führt dazu, dass Presse-Geschichten nicht mehr nach ihrem gesellschaftlichen oder politischen Wert angestoßen und umgesetzt werden, sondern lediglich nach ihrem wirtschaftlichen. Wirtschaftlicher Wert aber kann im

³⁵ Nagel (2007), S. 4

³⁶ Müller-Ulrich (1998), S. 18

³⁷ Cario (2006), S. 36; ebenso Nagel (2007) S. 112

³⁸ Vgl. Leif (2010) S. 65 f.: „Redaktionsleiter von Zapp kritisiert die Faulheit deutscher Journalisten“ und „Immer mehr große Geschichten werden kalt am Arbeitsplatz mit Material aus dem World Wide Web geschrieben“.

³⁹ Müller-Ulrich (1998), S. 13

⁴⁰ Prantl (2010), S. 16; vgl. dazu Morawski (2010), S. 90, wo ein ähnliches Fazit gezogen wird: „Pressefreiheit ist akut gefährdet durch staatlich oder privat veranlasste Verhinderung von Öffentlichkeit und unabhängiger Berichterstattung.“

Journalismus die Gefahr von Fälschungen oder vorsätzlichen Falschdarstellungen nach sich ziehen, haben diese doch, wie Burkhard Müller-Ulrich betont, „in einer durch und durch öffentlichkeitsorientierten Welt enorme strategische Bedeutung.“⁴¹ Fälschungen in der Presse zu lancieren, um dadurch einen eigenen wirtschaftlichen Vorteil zu erlangen, ist für privatwirtschaftliche Unternehmen durchaus verlockend.⁴² Dies hat zwangsläufig auch Auswirkungen auf den Undercover-Journalismus, der einen erhöhten Finanzierungsbedarf besitzt.

Darüber hinaus ist der Undercover-Journalismus aber auch besonders gefährdet, mit Schadenersatzklagen konfrontiert zu werden. In den USA etwa, dem Ursprungsort des „Undercover-Journalismus“, ist laut Erkenntnissen von Lars-Marten Nagel das Verbergen der Identität bei investigativen Recherchen selten. Dies liege vor allem an einem besonders perfiden Missbrauchsfall⁴³ sowie daran, dass US-Gerichte bereits mehrfach Privatfirmen Recht gaben, die durch verdeckt ermittelnde Journalisten der Begehung von Verstößen etwa gegen Lebensmittelvorschriften überführt wurden. Da in den USA mit diesen Fällen sehr hohe Entschädigungszahlungen verbunden sind, haben einige Redaktionen – u.a. der „Kansas City Stars“ – verdeckte Recherchen per Redaktionsstatut ausgeschlossen.⁴⁴

In Deutschland sind diese krassen Fälle von Rechtsprechung zu Gunsten von Wirtschaftsinteressen und gegen die journalistische Freiheit in dieser Form bislang kaum denkbar. Zwar kam es schon zu mehreren Schadenersatz-Urteilen gegen Verlage, allerdings ging diesen eine wahrheitswidrige Berichterstattung voraus. In Fällen, in denen Presseberichte zu einer Schädigung des Berichtobjektes führten, wurden Schadenersatzklagen abgewiesen, sofern keine wahrheitswidrige Berichterstattung festgestellt werden konnte.⁴⁵ Dennoch gibt es immer wieder

⁴¹ Müller-Ulrich (1998), S. 17

⁴² Als Beispiel siehe etwa Ulfkotte (2001), S. 368 f., der die Fütterung von Medien mit „falschen“ Meldungen, um den eigenen Börsenwert zu steigern, anspricht.

⁴³ Die Chicago Sun Times hatte eine eigene Bar mit Kameras und Wanzen ausgestattet, um Kunden abzufilmen und abzuhören. Vgl. Nagel (2007), S. 31

⁴⁴ Vgl. Nagel (2007), S. 31

⁴⁵ So wies der Bundesgerichtshof 2002 die Klage eines Privatbankiers ab, der von der Zeitschrift Focus mit dubiosen Machenschaften in Verbindung gebracht worden war und daraufhin seine Kunden verlor und insolvent ging. Das Landgericht Hamburg hatte 1997 die Berichterstattung von "Focus" noch als üble Nachrede eingestuft und dem Kläger Recht gegeben, Schwab, Fritz: Sieg für die Pressfreiheit. URL: http://www.focus.de/finanzen/news/prozess-sieg-fuer-die-pressefreiheit_aid_208324.html (Stand: 22.12.2014). Pikant an diesem Fall war dass der Klägeranwalt Michael Nesselhauf ehemaliger Verlagsleiter des Fokus-Konkurrenzblattes „Spiegel“ war und angekündigt hatte „dieser Art von Journalismus das Handwerk [zu] legen“.

Versuche von Firmen, teils auch auf Initiative von Anwaltskanzleien selbst, missliebige Undercover-Journalisten mit Schadensersatzklagen zu bekämpfen. Langfristig spielen daher in Unternehmen und Verlagen sicherlich auch Überlegungen eine Rolle, inwieweit sich Undercover-Reportagen noch lohnen, wenn mit langwierigen und kostenaufwendigen Folgeprozessen zu rechnen ist.⁴⁶

Eine untergeordnete Rolle spielen dabei auch Ansprüche auf Gegendarstellungen, die in den jeweiligen Landespressegesetzen geregelt sind. Demnach darf eine von einem Bericht betroffene Person oder Organisation sich im selben Medium an vergleichbarer Stelle und in vergleichbarer Aufmachung kostenlos artikulieren, beziehungsweise etwas richtig stellen dürfen. Dies kratzt zum einen am Prestige eines Medienunternehmens, da der Leser automatisch die Recherchequalität des Mediums in Frage stellt, und zum anderen wird dadurch Veröffentlichungsfläche vergeudet. Allerdings kommt es nur selten, in Fällen des Undercover-Journalismus bislang noch nie, zu einem Antrag bzw. zur Durchsetzung desselben, da die juristischen Hürden nicht unbedeutend sind.⁴⁷

4.1.2. Fehlende Finanzierung durch die öffentliche Hand

Im Zuge der vielfach beschriebenen schrittweisen Einengung der Pressefreiheit in Folge der Antiterrorgesetze seit Anfang der 2000er Jahre hat der Staat auch ein erhöhtes Interesse an einer gewissen Kontrolle von Medien und Journalismus.⁴⁸ Dies führt dazu, dass es zwar eine staatliche Finanzierung von Reportage- und Nachrichtenmagazinen des Fernseh- und Radiorundfunks in Form der Zuwendungen an die öffentlich-rechtlichen Sender gibt, nicht aber ein Budget, das – auch unabhängigen – Journalisten zur freien Verfügung stünde. Politiker versuchen zudem oft, die Medien zu instrumentalisieren, „um ihre Sicht der Dinge unters Volk zu bringen“, wie es der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim formuliert.⁴⁹

So liegt es auf der Hand, dass sich im Bereich des öffentlich-rechtlichen

⁴⁶ Vgl. Wallraff (2012), S. 377 f.

⁴⁷ Vgl. Schneider (1998), S. 251 ff.

⁴⁸ Siehe dazu Prantl (2010), S. 16 ff.

⁴⁹ von Arnim (2001), S. 194; siehe dazu auch das Urteil des BVerfG 26/2014 vom 25.3.2014, welches dem ZDF eine zu große politische Beeinflussung vorwirft.

Rundfunks Reportagen immer ein Stück weit dem Motto beugen müssen, „wes Brot ich ess‘, des Lied ich sing. Zwar gibt es immer wieder Enthüllungsberichte, die Politiker nicht gut wegkommen lassen, wenn es aber um die wirklich wichtigen Dinge geht, schrecken Redaktionen oft zurück und richten sich nach den politischen Vorgaben.“⁵⁰

“Größere Zusammenhänge oder gar Systemfragen werden von den Medien in der Regel dagegen nicht angefasst, besonders nicht Fragen, welche die politische Klasse insgesamt belasten. [...] Es kommt deshalb – und danach handelt die politische Klasse geradezu instinktiv – darauf an, Bilder und Vorstellungen in den Köpfen der Menschen zu verankern, die Zweifel am System erst gar nicht aufkommen lassen.“⁵¹ Ähnlich formuliert diesen Umstand der Politikwissenschaftler Claus Offe, wenn er Politikern vorwirft, zu wissen, „dass ihre politischen Erfolge entscheidend davon abhängen, welche Realitätsbilder sich im Bewusstsein der Bürger festsetzen. Darauf reagieren sie“, so Offe weiter, „mit der strategischen Inszenierung der Wirklichkeit.“⁵²

Ein gutes Beispiel für dieses Verhalten bietet der Fall der im Jahre 2010 unter mysteriösen Umständen verstorbenen Berliner Richterin Kirsten Heisig, die nach einer fünftägigen Suche offiziellen Angaben zufolge erhängt an einem Ast in einem Berliner Waldstück aufgefunden wurde. Da sich Heisig als Richterin für eine härtere Gangart insbesondere gegenüber Kriminellen mit Migrationshintergrund eingesetzt hatte, wurde von verschiedener Seite eine Mordtat aus dieser Provenienz befürchtet. Die Berliner Behörden erklärten jedoch nach dem Leichenfund noch vor Abschluss der Obduktion, dass es sich um einen Selbstmord handelte und verhängten unter Verweis auf private Gründe in Zusammenhang mit der Familie der Verstorbenen eine totale Nachrichtensperre, an die sich fast alle Medien hielten, ohne diesen ungewöhnlichen Vorgang überhaupt zu thematisieren.⁵³

Hier zeigten sich die Grenzen der Pressefreiheit, die auch durch die Medien selbst allzu leichtfertig hingenommen werden. Dies deutet auch darauf hin, warum es keine Undercover-Reportagen etwa in Behörden oder staatlichen Institutionen

⁵⁰ Vgl. dazu Ulfkotte (2014), S. 292, der bemerkt: Journalisten renommierter Medien waren zumindest in der Vergangenheit ‚ganz auf Linie mit den Eliten‘.

⁵¹ So von Arnim (2001), S. 194 f.

⁵² Offe (1994), S. 126 f.

⁵³ Vgl. dazu Wisnewski (2011), S. 203 ff.

gibt, die doch in Hinblick auf die primäre Presseaufgabe – nämlich die Aufklärung der Bevölkerung gerade auch über Missstände innerhalb staatlicher oder kommunaler Behörden⁵⁴ – von nicht zu unterschätzender Bedeutung wären.

Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass Undercover recherchierte Beiträge oft stark subjektiv gefärbt wirken, und somit ein Beitrag schnell als „heimliche Stimmungsmache“ oder „versteckte Kommentierung“ verstanden werden könnten.⁵⁵

Grundsätzliche Abhilfe des Problems fehlender Budgets versprechen sich Journalisten neuerdings durch eine Reihe von Projekten, die als Stiftung o.ä. Fördermittel für investigativen Journalismus bereitstellen wollen.⁵⁶

Aber auch bei den auf den ersten Blick positiv erscheinenden Initiativen zur Erhöhung der Pressefreiheit ist immer auch Skepsis angebracht, da diese auch immer wieder der Gefahr der Instrumentalisierung durch staatlichen,⁵⁷ aber auch überstaatlichen bzw. privatwirtschaftlichen Einfluss ausgesetzt sind.⁵⁸

4.1.3. Externe Einfluss Möglichkeiten und die Gefahr der Bestechlichkeit

Wo der Staat selbst nicht helfend eingreift, bleibt die Verantwortung für die Finanzierung bei der Privatwirtschaft. Diese aber ist geneigt, die Finanzierung von Projekten immer auch mit eigenen Motiven zu verbinden. Dies führt zu der Gefahr, dass Presseveröffentlichungen gekauft werden. Ein harmloseres Beispiel für den Kauf von Presseerzeugnissen ist etwa der Verkauf der traditionellen

⁵⁴ Siehe von Arnim (2001), S. 200

⁵⁵ So Haller (2006), S. 135

⁵⁶ Etwa die Stiftung "Freiheit der Presse" in Bad Vilbel, die den "Wächterpreis der Tagespresse" auslobt, das Whistleblower Netzwerk e.V. in Köln, oder die Wallraff-Stiftung „Work-Watch“; vgl. dazu www.investigativ.org und Wallraff (2012), S. 377

⁵⁷ Als Beispiel sei hier die von den Parteien SPD und Grüne initiierte "Stiftung Vielfalt und Partizipation" genannt, die Gefahr läuft unter Verwendung öffentlicher Gelder Parteiinteressen zu fördern; vgl. <http://www.ruhrbarone.de/mehr-staat-in-der-presse-das-geht-nicht-gut/81783>

⁵⁸ So stand etwa die 1967 gegründete und vom „Bundesverband deutscher Zeitungsverleger“ getragene Stiftung "Freiheit der Presse" von Beginn an unter Kontrolle der US-Regierung, von der das Gründungskapital stammte, http://de.wikipedia.org/wiki/Stiftung_%E2%80%9EFreiheit_der_Presse%E2%80%9C; vgl. dazu die jüngste Veröffentlichung von Ulfkotte (2014), S. 36 ff.

„Hausmitteilung“ des Spiegels an den Autokonzern Toyota.⁵⁹ Andere Beispiele sind die zumeist in Wochenanzeigern anzutreffenden Vermischungen von redaktionellen mit werberelevanten Inhalten.⁶⁰

Wie schnell aber privatwirtschaftliche Interessen mit Medieninteressen übereinstimmen können, zeigte sich 1995, als die „Greenpeace“-Organisation gegen die Versenkung eines Rohölspeichers der Shell-Bohrinsel „Brent Spar“ in einem Tiefseeegraben bei Irland protestierte. Im Zuge einer darauf hin vor allem in Deutschland entfachten Pressekampagne gegen den Ölkonzern Shell kam es zu mehrfachen Boykottaufrufen, die schließlich zu zeitweisen Umsatzeinbrüchen von bis zu 50 % bei Shell führten. Nutznießer dieser Presseaktionen waren die Mineralölkongkurrenten der betroffenen Firma, allen voran Esso und Aral. „Greenpeace“, das durch die Kampagne eine massive Erhöhung seiner Spendeneinnahmen verzeichnete, musste später einräumen, die Presse mit falschen Zahlen über Ölrückstände im Versenkungsobjekt versorgt zu haben, die zumeist ungeprüft von den Medien übernommen worden waren. Gerüchte besagten, dass sich verschiedene Kongkurrenzfirmen verdeckt an der Anti-Shell-Kampagne beteiligt hätten. Auch wenn diese Gerüchte letztlich nicht erhärtet werden konnten, bleibt doch ein schaler Nachgeschmack über die hier wirkende Allianz aus einem Umweltunternehmen, dem größten Teil der Presse und möglichen privatwirtschaftlichen Nutznießern.⁶¹

Im Bereich der Undercover-Reportagen existiert ebenfalls ein prominentes Beispiel zumindest des Verdachts eines möglichen Falls von privatwirtschaftlicher Einflussnahme auf eine Reportage. Als vor einigen Monaten das „Team Wallraff“ für den Fernsehsender RTL mittels versteckter Kameras Missstände bei Burger King aufdeckte, führte dies zu erheblichen Verlusten beim Mutterkonzern Burger King. Einige Tage nach Veröffentlichung des Berichtes kamen Gerüchte auf, der Burger-King-Kongkurrent McDonalds, der direkt vom Schaden profitierte, könnte Wallraff finanziell unter die Arme gegriffen haben. Tatsächlich war Wallraff durch einen Vertrag mit McDonalds verbunden, eine direkte Verbindung zwischen diesem Vertrag und seiner Reportage konnte aber nicht erwiesen werden.⁶²

⁵⁹ Vgl. Heribert Prantl (2010), S. 16 f.

⁶⁰ Für weitere Fälle siehe Ulfkotte (2014), S. 219 ff.

⁶¹ Siehe zum Fall Brent Spar, Ulfkotte (2001), S. 158 ff.; ebenso Müller-Ulrich (1998), S. 107 ff.

⁶² Der „Spiegel“ (20/2014) berichtete von einer Zusammenarbeit, bei der Wallraff im Jahr 2010

Insgesamt zeigt sich in vielen Rollenreportagen Wallraffs die Gefahr ein Unternehmen zu Gunsten von Konkurrenzfirmen zu „belasten“, obgleich davon auszugehen ist, dass die Zustände dort nicht besser sein dürften. Die Auswahl seiner „Opfer“ erfolgt dabei höchst subjektiv. Dies verleitet Firmen, über Dritte Missstände an Wallraff und andere bekannte Undercover-Journalisten heranzutragen, um der Konkurrenz zu schaden.⁶³

Und auch wenn etwa Wallraff den journalistischen Anspruch besitzt, die Wirklichkeit, die „soziale Wahrheit“, zu beschreiben und kritisch zu reflektieren, droht zumindest eine unbewusste Verengung des Blickwinkels.⁶⁴

Ein anders gelagerter Fall von möglicher Einflussnahme betrifft ebenfalls Günther Wallraff. So legen aufgefundene Akten des Ministeriums für Staatsicherheit der DDR eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der Stasi und Wallraff nahe. In den 70er soll es mehrere Treffen zwischen dem Journalisten und einem inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Stasi gegeben haben. Dennoch wurde gerichtlich untersagt, Wallraff einen Stasi-Mitarbeiter zu nennen. Durchaus typisch für die Vorgehensweise der Stasi aber wäre die Finanzierung eines – dem Kommunismus nahestehenden – Journalisten, der mit seiner Arbeit die BRD politisch in Bedrängnis bringen könnte.⁶⁵

4.2. Journalistisch-methodische Kritik

Viele Journalisten bewerten die Undercover-Tätigkeit als problematisch, da die Ergebnisse letztlich ja auf Schwindel aufbauen: Auf falschen Lebensläufen,

zweimal an Diskussionsrunden gegen Honorar teilgenommen habe. Die gezahlten 3000 und 5000 Euro habe Wallraff an seine Stiftung oder Bedürftige weitergegeben und damit einen Interessenkonflikt bei seiner Anti-Burger-King-Reportage ausgeschlossen.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/burger-king-kritiker-wallraff-erhielt-honorare-von-mcdonald-s-a-968783.html>

⁶³ Hier sind besonders zu nennen: Lidl (Hauptprofiteur Aldi) und GLS (Profiteure DHL, Hermes, DPD); vgl. Wallraff (2012), S. 7 ff. u. 187 ff.

⁶⁴ Hahn (1979), S. 41. Vgl. dazu Breidbach (2009)

⁶⁵ Vgl. Föller, Hans-Joachim: Die DDR und die Westmedien. URL: http://www.deutschlandradiokultur.de/die-ddr-und-die-westmedien.1270.de.html?dram:article_id=191011 (Stand:22.12.2014): "SED, MfS und anderen DDR-Organisationen war es jedoch immer wieder möglich, auf politische Kampagnen zu innen- und außenpolitischen Fragen in der Bundesrepublik Einfluss auszuüben. In solchen Zusammenhängen erzielte das MfS durch seine Tätigkeit – vermittelt über öffentliche Meinungsbildungsprozesse – auch in westdeutschen Hörfunk- und Fernsehsendern Wirkung."

falschen Angaben zur Person und zur Handlungsmotivation.⁶⁶

So resümierte auch Michael Haller noch 2006, dass die „mit dieser Methode verbundene Täuschung auskunftswilliger Beteiligter [...] dieses Vorgehen immer mal wieder ins Zwielficht [rückte].“⁶⁷ Dabei kritisiert er vor allem, dass Reporter Grundsätze der „Fairness“ verletzen, wenn sie Beteiligte bzw. Betroffene „in die Pfanne hauen“⁶⁸, also heimtückisch da verdeckt, bloßstellen.

Dennoch gilt die Verwendung verdeckter Methoden zur Recherche heute zumindest in Deutschland – jedenfalls innerhalb von Grenzen, auf die noch einzugehen sein wird - als allgemein üblich und anerkannt. Wolf Schneider etwa schreibt dazu: „Recherchieren ist eine Fleißaufgabe, bisweilen aber auch ein trickreiches Spiel, bei dem der Journalist bluffen und täuschen muss“ und fügt hinzu „und bei einem verschlossenen Politiker oder Funktionär auch darf“.⁶⁹

Ähnlich lautet die Bilanz von Michael Haller, der meint, dass die verdeckte (Rollen-)Reportage solange zulässig sei, wie gewährleistet ist, dass sie die „Persönlichkeitsrechte der Beteiligten wahrt“, und „nie zur Schwächung der Schwachen und Stärkung der Starken unternommen wird“.⁷⁰

Dennoch stellt sich die Frage, wie weit der Journalist bei diesem „Bluffen“ und „Täuschen“ aus Standessicht des Journalisten gehen darf?

4.2.1. Verstöße gegen den Pressecodex

Im Jahr 1973 hat der Deutsche Presserat, eine 1956 gegründete Organisation der großen deutschen Verleger- und Journalistenverbände, den Pressecodex ausgearbeitet, der als „Berufsethik“ der Medienvertreter gilt. Diese Journalismus-internen „Standes-Grenzen“ sind für alle professionellen Journalisten verbindlich.⁷¹

Demnach dürfen bei der Beschaffung von Nachrichten „keine unlauteren

⁶⁶ So etwa Friedrich (2014), S. 16, die Kritik daran äußert, dass die Methode oft als Effekt eingesetzt wird: „Beim Fernsehen sagt man manchmal, wir drehen verdeckt, weil es spannender wirkt. Ich finde, wenn man wirklich etwas herausfindet, ist das legitim...“

⁶⁷ Haller (2006), S. 39

⁶⁸ Haller (2006), S. 129

⁶⁹ Schneider (1998), S. 41

⁷⁰ Haller (2006), S. 129

⁷¹ Vgl. Ulfkotte (2001), S. 376 f.

Methoden“ angewandt werden. Dazu zählt grundsätzlich auch die Vorspiegelung einer falschen Identität: „Journalisten geben sich grundsätzlich zu erkennen. Unwahre Angaben des recherchierenden Journalisten über seine Identität und darüber, welches Organ er vertritt, sind grundsätzlich mit dem Ansehen und der Funktion der Presse nicht vereinbar.“⁷²

Ferner soll die Presse das Privatleben und die Intimsphäre des Menschen achten. Diese ist zweifellos betroffen, wenn heimlich Film- oder Tonaufnahmen eines Menschen gemacht werden. Allerdings räumt auch der Pressecodex in bestimmten Fällen den Eingriff in die Privatsphäre von Menschen ein - nämlich dann, wenn das „private Verhalten öffentliches Interesse berühre“.⁷³ So ist laut Pressekodex Richtlinie 4.1, die „verdeckte Recherche [...] im Einzelfall gerechtfertigt, wenn damit Informationen von besonderem öffentlichen Interesse beschafft werden, die auf andere Weise nicht zugänglich sind.“

Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss daher „das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen“;⁷⁴ „bloße Sensationsinteressen“, so der Pressekodex weiter, „rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung. Soweit eine Anonymisierung geboten ist, muss sie wirksam sein.“

In den meisten Fällen halten sich Undercover-Reportagen an diese Vorgaben, Rügen aufgrund der Verletzung dieser Vorgaben innerhalb von Undercover-Recherchen sind jedenfalls nicht bekannt. Für die Rollen-Reportagen Günter Wallraffs fasst Breidbach die überwiegende öffentliche Anerkennung zusammen: „Wallraff wiegt das Gewicht des öffentlichen Interesses gegen seine unlauteren Methoden auf und kommt zu dem Ergebnis, dass das öffentliche Interesse auf jeden Fall schwerer wiegt als seine Methoden. Er kann durch sein gesammeltes Material seine Vorwürfe untermauern und er schützt seine Informanten. Außerdem betont er immer wieder, dass er sich in seiner journalistischen Tätigkeit um Vollständigkeit, Gründlichkeit und Wahrhaftigkeit, was bereits in der Definition von Journalismus angesprochen wurde, bemüht. Somit sind Wallraffs Mittel sowohl bei ‚Der Aufmacher‘ als auch in ‚Ganz unten‘ zu rechtfertigen und mit dem

⁷² Richtlinie 4.1 – Grundsätze der Recherchen; zit. nach: www.presserat.de

⁷³ Siehe dazu Schneider (1998), S. 47 f.

⁷⁴ Pressekodex Richtlinie 4.1 – Grundsätze der Recherchen

Pressekodex vereinbar.“⁷⁵

Ob und inwieweit im jeweiligen Fall das Presse- jenes der Persönlichkeitsrechte tatsächlich überwiegt, müssen in der Regel aber Gerichte klären.

Neben dem Pressecodex existieren noch einige praktische Regeln, die sich Laufe der Zeit herausgebildet und Anerkennung gefunden haben, ohne in den Pressecodex aufgenommen worden zu sein. Dazu gehört die im Falle des Undercover-Journalismus relevante Regel, dass eine Quelle allein keine Nachricht ergibt. Für eine Nachricht braucht es mindestens zwei voneinander unabhängige Quellen. Dies ist im Falle der verdeckten Recherche oft schwierig, da heimliche mitgeschnittene Aussagen u.ä. in der Regel von keiner zweiten oder dritten Person bestätigt werden können.

Sowohl für den Pressekodex als auch die praktischen Regeln gilt jedoch, dass sie nicht justiziabel sind, d.h. aus ihnen ergeben sich keine Möglichkeiten für Dritte Journalisten aufgrund von Verstößen gegen sie rechtlich zu belangen.

4.2.2. Tendenziöse Motivlage

Das Medienwesen “wird in starkem Maße von den Eigeninteressen der Journalisten geprägt.”⁷⁶ Ein primäres Interesse besteht hier für den Journalisten – analog zu dem des Verlegers – immer auch im wirtschaftlichen Erfolg. Vor dem Hintergrund der knapper werdenden Budgets für Journalisten und Reporter droht im Medienbetrieb eine zunehmende Gefahr der Käuflichkeit. EX-Faz-Mitarbeiter und Bestseller-Autor Udo Ulfkotte warnt daher in seiner soeben erschienenen Veröffentlichung, dass heute „zwei von drei Journalisten im deutsch-sprachigen Raum“ bestechlich seien.⁷⁷

Mit der finanziellen Bestechlichkeit einher geht dabei zumeist die Konformität gegenüber dem, was Behörden und mächtige Weltkonzerne vorgeben, da hier entsprechende Finanzmittel vorhanden sind.⁷⁸

⁷⁵ Breidbach (2009) Nr. 4

⁷⁶ So von Arnim (2010), S. 205

⁷⁷ Ulfkotte (2014), S. 217

⁷⁸ Vgl. Ulfkotte (2014), S. 291 ff.; siehe auch FN 49.

Zu dieser generellen Problematik kommt noch eine weitere Gefahr hinzu, die weniger im materiellen als im geistigen Hintergrund des Medienakteurs angelegt ist: Jeder Journalist ist darum bemüht, für sich und sein Anliegen die "größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen", was dazu verleitet, Sachverhalte zu dramatisieren oder aufzubauschen. Dabei werden oft unpassende Euphemismen - "der größte Skandal der Republik" - oder unzulässige Vergleiche angestellt – etwa Beiträge zum Tierschutz unter der Schlagzeile "Der Tier-Holocaust".⁷⁹

In diesem Zusammenhang droht jedem Journalisten die Gefahr, sich mit einer Geschichte zu sehr zu identifizieren, obgleich er jedoch qua Selbstverpflichtung objektiv berichten muss: "Der Journalist hat nicht Überzeugungen feilzuhalten oder für Glaubensbekenntnisse zu wüten, sondern Nachrichten zu formulieren und Analysen auszuarbeiten."⁸⁰

Auch die Reportage, in der die verdeckten Recherchen zumeist aufbereitet werden, entbindet den Journalisten nicht von einer generellen Objektivität: "Der Einfluss des Subjektiven", so Journalismus-Altmeister Walther von La Roche, "sollte sich auf Sinneseindrücke beschränken."⁸¹

Diese schwierige Haltung der Balance zwischen persönlicher Empathie und einseitiger Tendenz in seinen Beiträgen spielt auch innerhalb des Undercover-Journalismus eine Rolle. Hier ist der "missionarische Journalist", wie Wolf Schneider diesen Typus bezeichnet, besonders gefährdet, da er die Interpretationshoheit hat: Er kann Bilder und Filmsequenzen nach eigenem Gutdünken zusammen schneiden, da er über exklusives Material verfügt. Kein anderer Journalist kann die Ergebnisse seiner Arbeit in Frage stellen, lediglich das Objekt der Recherche, das aber in der Regel über äußerst eingeschränkte Möglichkeiten verfügt, sich öffentlich zur Wehr zu setzen.

Eine zusätzliche oder besondere Problematik entsteht durch eine politische Tendenz des Journalisten, die in seine Arbeit einfließt. Für Journalisten ist es vor allem die überwiegend „linke“ Prägung, welche eine Objektivität erschwert.⁸² In

⁷⁹ So Müller-Ulrich (1998), S. 10

⁸⁰ Johannes Gross zit. nach Schneider (1998), S. 41 f.

⁸¹ La Roche (2004), S. 144

⁸² Eine bei Ulfkotte (2014), S. 247 zitierte „repräsentative Studie“ spricht von 60 % grünen und SPD-Anhängern unter Journalisten, wobei die Linkspartei nicht Bestandteil der Liste war. Eine neuere Studie (2010) der FU Berlin gibt demgegenüber für alle eher linken Parteien 46,7 % an, wobei die meist ausgewählte Parteilosigkeit der Teilnehmer (36,1 %) unglaublich erscheint;

Bezug auf den Vorreiter des Undercover-Journalismus war es zumeist das „kommunistisch-sozialistische“ Selbstverständnis Wallraffs, das von Gegnern seiner Methodik aufgegriffen wurde.⁸³ Wallraff, der seine Arbeit selbst als „Nahtstelle zu einer Menschenrechtsinitiative“ charakterisierte, hatte in seinen ersten größeren Reportagen und Büchern (*Unser Faschismus nebenan. Griechenland gestern – ein Lehrstück für morgen*) vor allem faschistische Strukturen in der BRD und Europa kritisiert.⁸⁴

Ungewohnt für Wallraff erhielt er für eine Reportage jedoch auch Gegenwind aus anderer politischer Richtung. Für seinen Dokumentarfilm „Schwarz auf Weiß“, der in Jahr 2009 in die Kinos kam, erntete er Kritik vor allem von Flüchtlingsverbänden und Migranten. Basierend auf seinem Buch „Aus der schönen neuen Welt“, dass ebenfalls aus dem Jahr 2009 stammt, unternimmt er als verkleideter Schwarzer einen Streifzug durch das Land und bekommt die Ablehnung des „weißen“ Deutschen zu spüren. Dennoch kommt aus den Reihen der Afrodeutschen viel Kritik an der Durchführung seiner Reportage. Ihm wird vorgeworfen den Schwarzen an den Rand zu rücken, weil er im Film kaum zu Wort kommt. Des Weiteren werden Anschuldigungen laut, wie die von der Vorsitzenden des media-watch Vereins „der braune mob“ und Musikerin Noah Snow, die Wallraff vorwirft „auf Kosten unserer Leiden Geld zu verdienen“⁸⁵. Kritik äußert auch Tahir Della von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD). Sie bemängelt dass Wallraff „für“ die Schwarzen spricht und nicht „mit“ ihnen.⁸⁶

Wallraff ist nicht der einzige, dem in der Presselandschaft eine „kommunistische

https://www.dfjv.de/documents/10180/178294/DFJV_Studie_Politikjournalistinnen_und_Journalisten.pdf. (Stand: 11.12.2014)

⁸³ Wallraff, dem von einem Militärarzt im Zuge eines Wehrdienstverweigerungsgesuches eine „abnorme Persönlichkeit“ diagnostiziert worden war, war unter anderem Mitglied der als kommunistisch geltenden „Dortmunder Gruppe 61“. Die von ihm besonders kritisierte Bild-Zeitung versuchte daher Wallraff als „Untergrundkommunisten“ zu desouvieren. Vgl. Bissinger u.a.: Die vierte Gewalt. Vom Verschwinden des investigativen Journalismus. Freiburg 2014, S. 35; eine zu Gunsten Wallraffs gefärbte Darstellung findet sich im Vorwort zur Neuauflage Günter Wallraff: Der Aufmacher. Der Mann der bei Bild Hans Esser war. Köln 2012, S. 8 ff.

⁸⁴ So Wallraffs Aussagen in Bissinger (2014), S. 12; von grundsätzlicher Relevanz ist hier die in dieser Darstellung aus Raumgründen unbeachtet bleibende unter Journalisten vorherrschende „linke“ Positionierung, vgl. FN 81. Diese ist historisch begründet da „links“ über einen langen Zeitraum – zumindest in Westdeutschland - automatisch als oppositionell zur Regierung galt. In Zeiten der Regierungsbeteiligung linker Parteien – wie aktuell im Bundesland Thüringen wo die Partei „Die Linke“ sogar den Ministerpräsidenten stellt - kann eine solche Selbstpositionierung schnell als Hemmnis für objektive und aufklärerische Berichterstattung fungieren.

⁸⁵ Hannah Pilarczyk : „Kritik an neuem Wallraff-Film: "Einfach nur der Fremde"“. In: spiegelonline Stand 21.10.2009

⁸⁶ Vgl. <http://blog.derbraunemob.info/wp-content/uploads/2009/11/Wallraff.pdf>

Gesinnung” unterstellt werden könnte, allerdings einer der wenigen der sich mit Mediengegnern anlegte, die über Möglichkeiten verfügten, Pressetechnisch gegen von dort ausgehende Vorwürfe zurückzuschlagen. Diese Möglichkeit fehlt anderen von Vorwürfen Betroffenen vor allem dann, wenn sie sich dem Vorwurf rechtsextremer Einstellungen ausgesetzt sehen. Jüngstes Beispiel für eine solche Kampagne ist die Südtiroler Musikband “Freiwild”, die vom Journalisten Thomas Kuban aufgrund ihrer heimatverbundenen Lieder beschuldigt wurden, “nationalistische” und “völkische” Musik zu produzieren, die als “Rechtsrock” zu bezeichnen sei. Letztere Bezeichnung wird ausschließlich für die von Rechtsextremisten innerhalb der BRD konsumierte Musik verwendet. Obgleich sich die Band selbst in ihren Texten von Faschismus und Nationalsozialismus distanziert, führte eine von verschiedenen Musikgruppen initiierte Kampagne, die auch von Teilen der Medienlandschaft mitgetragen wurde, zu einem Boykott der Band durch den Rundfunk.⁸⁷

Dass der Undercover-Journalist Kuban, der jahrelang im rechtsextremen Milieu recherchierte, die nicht vor einem solchen Publikum auftretende Band “Freiwild” mit rechtsextremen Musikgruppen gleichsetzt, wirft Fragen auf: Wie glaubwürdig sind die Erkenntnisse eines Journalisten, der offenbar kaum zwischen Patriotismus und Rechtsextremismus unterscheidet? Wie objektiv ist seine Arbeit einzuschätzen? Wäre es ihm zu verdenken, wenn er für seine Fernsehreportagen nur das Material verwenden würde, das seine These der Gefährlichkeit der von ihm beobachteten Szene belegt, nicht aber das Material, das seine Thesen widerlegen würde?

Fragen, die einer Medienlandschaft kaum zu interessieren scheinen, die mehrheitlich eine starke linkslastige Tendenz aufweist und sich über einen antifaschistischen Grundkonsens definiert, dessen Grenzen fließend zu sein scheinen.⁸⁸

Durch eine politische Voreingenommenheit, die über das “normale Maß” der gesellschaftlich-politischen Prägung eines Menschen hinausgeht, entsteht aber oft eine “Schere im Kopf”, so der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim, “die es

⁸⁷ Vgl. http://www.focus.de/kultur/musik/echo-freiwild-berlin-freiwild-kommen-nicht-zur-echo-verleihung_id_3705599.html

⁸⁸ Siehe FN 81; hier sei insbesondere an den Fall Eva Herman erinnert, die aufgrund eines Hitler-Vergleiches und der Weigerung, diese Aussagen zurückzunehmen, zunehmend medial in eine rechtsradikale Ecke gedrängt wurde. Für weitere typische Fälle des “linken Mainstreams” siehe den Fall Lübeck bei Müller-Ulrich (1998), S. 125 ff.

erschwert, gerade die wichtigsten Themen zum Gegenstand der offiziellen Diskussion zu machen.”⁸⁹ Politische oder politisch-korrekte Tabus hindern Journalisten oftmals, einen objektiven Standpunkt in einer Recherche einzunehmen. So wird die ohnehin nie ganz tendenzfreie Recherche durch Unterschlagungen, Auslassungen und Fokussierungen nur das wiedergeben, was in einer Ausgangsfrage beabsichtigt war.⁹⁰ Dies gilt auch und in besonderem Maße für den Undercover-Journalismus.

4.2.3. Journalistische Glaubhaftigkeit

Vor allem die persönlichen Motive des Journalisten führen zur grundsätzlichen Frage seiner Glaubwürdigkeit. Diese wird zwar auf den ersten Blick dadurch erhöht, dass Film- und Tonaufnahmen bestimmte Dinge bestätigen und „beweisen. Zugleich können sie aber auch gegenteilige oder widersprechende Elemente dadurch ausblenden, dass sie kurzerhand herausgeschnitten oder nicht gesendet werden. Eine Folge des verdeckten Reportageformates ist dabei die fehlende Möglichkeit des undercover agierenden Journalisten, sich Genehmigungen zur Ausstrahlung von Filmmaterial einzuholen. Gefilmte Privatpersonen werden daher aus Sorge vor juristischen Konsequenzen – siehe dazu 3.3.1. – oft unkenntlich gemacht, was den Wert einer Filmsequenz beeinflussen kann, etwa wenn es um den Nachweis einer Beteiligung einer bestimmten Person an einem Geschehnis geht. Auch für die Wiedergabe eines Zitates benötigt der Journalist in der Regel das Einverständnis des Zitierten. Der Mangel an diesem führt im Fernsehrundfunk des Öfteren zu den typischen Stimmen aus dem Off, die mit „Gedächtnisprotokoll“ untertitelt werden. Auch hier kommt es automatisch zu Einbußen hinsichtlich der Glaubhaftigkeit der Reportage.

Werden Aussagen oder Bilder ohne Einwilligung der Betroffenen veröffentlicht, begibt sich der Journalist in den Bereich der strafrechtlichen Relevanz.

⁸⁹ So von Arnim (2001), S. 194

⁹⁰ Vgl. Dazu Bissinger (2014), S. 25 f., wo Gesprächsteilnehmer Manfred Bissinger freimütig in Bezug auf eine Geschichte über deutsche Ostvertriebene einräumt, diese nicht veröffentlicht zu haben, wenn das Ergebnis – nämlich der Umstand, daß es allen Vertriebenen in der neuen Heimat später besser ging, als den dort lebenden – anders ausgesehen hätte. Die Geschichte sollte indirekt dazu dienen, die damalige Ostverständigungspolitik Kanzler Willy Brandts zu stützen.

4.3. Juristische Schranken

Die Pressefreiheit gilt in Deutschland als hohes Gut. Sie gehört zu den Grundrechten des Grundgesetzes, die lediglich mit einer parlamentarischen 2/3 Mehrheit außer Kraft gesetzt werden können und wird daher als eines der wichtigsten Freiheitsrechte eines Rechtsstaates bezeichnet. Doch auch wenn die Schranken, die jedes Grundrecht begrenzen, in Bezug auf die Pressefreiheit weit gefasst sind, ist sie nicht schrankenlos gewährleistet.

Das Bundesverfassungsgericht stellt diesbezüglich klar: "Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; [...] Sie fasst die in der Gesellschaft und ihren Gruppen unaufhörlich sich neu bildenden Meinungen und Forderungen kritisch zusammen, stellt sie zur Erörterung und trägt sie an die politisch handelnden Staatsorgane heran, die auf diese Weise ihre Entscheidungen auch in Einzelfragen der Tagespolitik ständig am Maßstab der im Volk tatsächlich vertretenen Auffassungen messen zu können."

Journalisten unterliegen in ihrer Arbeit generell den allgemeinen Strafgesetzen, ein besonderes Medienstrafrecht existiert in Deutschland nicht.⁹¹

Verdeckt ermittelnde Journalisten laufen ebenso wie investigativ recherchierende Journalisten somit generell Gefahr, insbesondere gegen die Straftatbestände der Verletzung von Persönlichkeitsrechten (Art. 1 u. Art. 2 GG), speziell im StGB aufgeführte Tatbestände (u.a. Üble Nachrede, Hausfriedensbruch und Verleumdung), sowie gegen Vorgaben aus dem Zivilrecht zu verstoßen. Juristisch besonders heikel ist dabei die erforderliche Abwägung zwischen den Grundrechten aus der Pressefreiheit (Art. 5) einerseits, und dem Persönlichkeitsrecht (Art. 1 u. 2) andererseits. Lediglich ein Teil der den Gesetzen zugrunde liegenden juristischen Grenzen des Journalismus spiegelt sich dabei bereits im Press.ecodex wider.

⁹¹ Vgl. dazu generell Klintworth (2014), S. 79 f.

4.3.1. Persönlichkeitsrecht

Ein elementares Grundrecht, das mit dem Persönlichkeitsrecht in Zusammenhang steht, ist das Gebot, die Menschenwürde zu schützen (Art. 1 GG). Dieses findet seinen Niederschlag in Richtlinie 4.2. des Pressekodex, wo eine „besondere Zurückhaltung bei der Recherche gegenüber schutzbedürftigen Personen“ gefordert wird. „Dies betrifft“, so der Kodex weiter, „vor allem Menschen, die sich nicht im Vollbesitz ihrer geistigen oder körperlichen Kräfte befinden oder einer seelischen Extremsituation ausgesetzt sind, aber auch Kinder und Jugendliche. Die eingeschränkte Willenskraft oder die besondere Lage solcher Personen darf nicht gezielt zur Informationsbeschaffung ausgenutzt werden.“ (Pressekodex Richtlinie 4.2.)

Relevant wird diese Richtlinie bei Fällen, in denen etwa im Zuge von Berichten über Missstände in Alters- oder Pflegeheimen geistig beeinträchtigte Patienten heimlich befragt und möglicherweise per Ton- oder Filmaufnahme mitgeschnitten werden. Einen Verstoß gegen diese Richtlinie konnte der Presserat in den letzten Jahren zwar nicht erkennen⁹², allerdings bewegen sich Undercover-Formate oft am Rande des Erlaubten.

Die investigative Reportage im Privatbereich, besonders über Familien, wird vom BVerfG wegen Art. 6 Abs. 1 und 2 GG kritisch gesehen, da hier die Pressefreiheit in den meisten Fällen hinter das allgemeine Persönlichkeitsrecht zurücktreten muss.⁹³

Ebenfalls in den Schutzbereich des grundrechtlichen Persönlichkeitsschutzes fallen die Fragen, ob heimlich gefilmte Personen in Fernsehberichten erkennbar gezeigt, verdeckte Tonaufnahmen veröffentlicht und Personen in schriftlichen Reportagen mit Klarnamen erwähnt werden dürfen. Alle drei Persönlichkeitsschutzbereiche werden durch allgemeine Gesetze ausgestaltet.

a) Namensnennung

Die Nennung eines vollständigen Namens eines Beschuldigten oder sonstigen Subjektes einer Presserechtlichen Darstellung stellt einen Eingriff in das

⁹² Vgl. Rügen des Presserates unter <http://www.presserat.de/presserat/chronik/>

⁹³ Vgl. Eichhoff (2002), S.50

allgemeine Persönlichkeitsrecht dieser Person dar. Dieser Eingriff wird aber dann als gerechtfertigt angesehen, wenn im Streitfall das Schutzinteresse dieser Person hinter dem vom Journalisten verfolgten Informationsinteresse der Öffentlichkeit und ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung zurückzutreten hat. Dies hält der Bundesgerichtshof etwa im Fall der Nennung eines Namens eines Täters in einem Mordfall für einschlägig, der großes öffentliches Interesse hervorgerufen hatte. Im konkreten Fall lehnte der BGH daher die Löschung von Klarnamen von zwei Tätern in einem Mordfall in einem Internetarchiv auch deshalb ab, weil dies einen „abschreckenden Effekt auf den Gebrauch der Meinungs- und Medienfreiheit“ habe, „der den freien Informations- und Kommunikationsprozess einschnüren würde.“⁹⁴

Auch die Namensnennung im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit: gilt in der herrschenden Lehrmeinung solange als zulässig, wie mit ihr keine sonstige Beeinträchtigung der Rechte des Betroffenen verbunden sind. Demgegenüber läuft ein Journalist dann Gefahr einer strafrechtlich relevanten Handlung, wenn er im Zuge von Ermittlungsverfahren oder Recherchen innerhalb bestimmter Berufszweige Namen von Betroffenen bzw. Beschuldigten nennt, die dadurch das Vertrauen ihrer Kunden und damit die Basis ihrer Berufstätigkeit zu verlieren drohen. In diesen Fällen ist die Namensnennung nur zulässig, wenn im Einzelfall die Voraussetzungen für eine zulässige Verdachtsberichterstattung vorliegen.⁹⁵

Im Falle eines Presseartikels, in dem ein Chefjustiziar einer Bank namentlich genannt wurde, der im Verdacht stand, einen Bankmitarbeiter bespitzelt zu haben, entschied der BGH, dass die Namensnennung zum Zeitpunkt der Artikelverfassung rechtmäßig war, da sie einen hinreichenden Mindestbestand an Beweistatsachen dargetan hatte. Auch wenn der Betroffene später von den Vorwürfen entlastet wurde, steht ihm lediglich das Recht auf einen Nachtrag unter einem Onlineartikel, nicht aber auf eine Richtigstellung oder einen neuen Artikel zu: „Die gebotene Abwägung zwischen dem Persönlichkeitsrecht des Betroffenen (Art. 2 Abs. 1, Art. 1 Abs. 1 GG, Art. 8 Abs. 1 EMRK) sowie dem Recht der Presse auf Meinungs- und Medienfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG, Art. 10 EMRK) [ergibt], dass das Presseorgan nicht verpflichtet werden kann, sich nach einer rechtmäßigen Verdachtsberichterstattung selbst ins Unrecht zu setzen“, also einen Artikel selbst

⁹⁴ BGH Urteile vom 15. Dezember 2009 - VI ZR 227/08 und VI ZR 228/08

⁹⁵ Vgl. <http://www.initiative-tageszeitung.de/lexika/ol-presserecht/olp-artikel.html?LeitfadenID=086>

als falsch einzuräumen oder gar zu korrigieren bzw. zensieren.⁹⁶

Prinzipiell gelten für die hier vorzunehmende Abwägung dieselben Kriterien, welche die Rechtsprechung im Rahmen der §§22, 23 KunstUrhG für die Bestimmung der Grenzen des Rechts am eigenen Bild entwickelt hat,⁹⁷ die unter Punkt c) näher erläutert werden.

b) Tonaufnahmen

Tonaufnahmen werden durch § 201 StGB geregelt, der die Verletzung der Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes unter Strafe stellt. Sanktionierbar ist dabei auch, eine nicht selbst erstellte Tonaufnahme zu verwenden oder Dritten zugänglich zu machen (§ 201 I Nr. 2 StGB). In Bezug auf Undercover-Reportagen ist dieser Punkt zumeist tateinheitlich mit der Bildaufzeichnung einschlägig. Entgegen der häufig vorherrschenden irrigen Annahme, dass lediglich die Ausstrahlung bzw. Verbreitung einer heimlichen Tonaufnahme strafbar wäre, ist dieses Kriterium bereits bei unautorisierter Anfertigung erfüllt.⁹⁸ Umso erstaunlicher ist die Vielzahl von Sendungen, in denen im Rahmen von trivialen Beiträgen versteckte Kameras zum Einsatz kommen oder verdeckte Mitschnitte von Telefonaten erfolgen.⁹⁹

Noch erstaunlicher muss im Hinblick auf die Rechtslage die sehr verbreitete nichtwörtliche Wiedergabe eines persönlichen Gesprächs (durch Nachsprechen oder Texteinblendung) anmuten, die nämlich ebenfalls in den Strafbereich des § 201 fällt (II Nr.2), sofern sie wesentliche Inhalte einer privaten Aussage wiedergibt und die Bloßstellung des Sprechers beabsichtigt.¹⁰⁰

⁹⁶ Bundesgerichtshof, Urteil vom 18. November 2014 – VI ZR 76/14 – Vgl. <http://www.rechtslupe.de/wirtschaftsrecht/die-urspruenglich-zulaessige-verdachtsberichterstattung-385305#sthash.eQhF116l.dpuf>

⁹⁷ So <http://www.initiative-tageszeitung.de/lexika/ol-presserecht/olp-artikel.html?LeitfadenID=086>

⁹⁸ Die nachträgliche Einholung der Erlaubnis entbindet lediglich vom Tatbestand des strafbaren Gebrauchs (201 I Nr.2). Die vorher eingeholte Genehmigung ist als Rechtfertigungsgrund zu verstehen, der dem Mitschnitt eine Befugnis verleiht und so straffrei macht.

⁹⁹ Vgl. Klintworth (2014), S. 84, die als Beispiele „Verstehen Sie Spaß?“, „Versteckte Kamera“ oder die Radiosendung „Ungefragt nachgefragt“ nennt. Hinzu kommen aber auch diverse Unterhaltungsformate heutiger Zeit, die allesamt „Spaßanrufe“ im Repertoire haben, die den Tatbestand der heimlichen Aufzeichnung erfüllen („TV Total“, „Circus Halligalli“ etc.).

¹⁰⁰ Vgl. Klintworth (2014), S. 91, die darauf hinweist, dass die Bloßstellung fast immer Ziel einer solchen Verwendung ist.

Während die Strafbarkeit im Bereich der Unterhaltungs- oder Trivialpresse unbestritten ist, kann sie in Bezug auf investigativen und Undercover-Journalismus dennoch straffrei sein. Dies ist gemäß § 201 II StGB dann der Fall, „wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.“

Als ein solches öffentliches Interesse kann die Aufdeckung von Missständen durch einen verdeckt recherchierenden Journalisten angesehen werden, wobei diese Strafflosigkeit lediglich auf das Mitteilen, also Verbreiten begrenzt ist und sich nicht auf das Abhören bzw. die Aufzeichnung eines Gespräches erstreckt.¹⁰¹

In der Springer/Wallraff-Entscheidung stellte das BVerfG klar, dass auch die Mitteilung rechtswidrig erlangter Informationen unter den Schutzbereich des Art. 5 GG fällt und dann zulässig ist, wenn „die Bedeutung der Information für die Unterrichtung der Öffentlichkeit und für öffentliche Meinungsbildung eindeutig die Nachteile überwiegt, welche der Rechtsbruch für den Betroffenen und die tatsächliche Geltung der Rechtsordnung nach sich ziehen muss.“ Dabei komme es insbesondere auf das „überragende öffentliche Interesse an der Aufdeckung von Missständen“ an.¹⁰²

Wenn der Journalist jedoch „in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden“ bleibt auch das Mithören oder die Aufzeichnung eines Privatgesprächs straffrei, sofern „bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt“ (§ 34 StGB - „Rechtfertigender Notstand“) abgeleitet wird.¹⁰³

In einem Fall eines zur Aufdeckung von Schleichwerbungsfällen in einem ARD-Nahen Unternehmen verdeckt recherchierenden Journalisten hatte das Landgericht München noch entschieden, dass als vertraulich bezeichnete Unterlagen und Gespräche nicht veröffentlicht werden dürften. Maßgabe des

¹⁰¹ Vgl. Klintworth (2014), S. 99

¹⁰² BVerfG 66, 116, S. 137 f.

¹⁰³ Vgl. Klintworth (2014), S. 95 ff., die auch auf das Notwehrrecht aus § 34 StGB als Rechtfertigung hinweist, das jedoch innerhalb des investigativen Journalismus selten vorkomme.

Urteils war insbesondere die Relevanz der Recherche, welche das Landgericht mit dem Erweis der Schleichwerbung als gering ansah, da durch das „Offenlegung seiner Recherchen lediglich ein ohnehin bekanntes Phänomen“ angeprangert würde.¹⁰⁴ Die übergeordnete Instanz, das Oberlandesgericht München, hatte demgegenüber dem Journalisten Recht zugesprochen und betont, dass auch die Veröffentlichung der durch Täuschung beschafften Informationen in den Schutzbereich des Art. 5 I GG fällt.¹⁰⁵ „Hinzu kommt, dass die genannten Geschäftspraktiken anders als durch eine verdeckte Recherche, die nach presseethischen Standards ausnahmsweise zulässig sein kann, nicht aufgedeckt werden können. Der Beklagte hat im vorliegenden Fall keine andere Möglichkeit, als sich einer verdeckten Recherche zu bedienen, um an die Informationen zu gelangen, die ihn überhaupt erst in die Lage versetzen, den Schleichwerbungsvorwurf gegenüber der Klägerin journalistisch relevant und gefestigt zu verifizieren. Unter diesen Umständen muss im konkreten Fall die Täuschung des Beklagten gegenüber der Klägerin auch vor dem Hintergrund, dass sich die Recherche des Beklagten gegebenenfalls nachteilig auf das Unternehmen der Klägerin auswirken kann, als rechtmäßig erachtet werden.“¹⁰⁶

Aus diesem Urteil und der herrschenden Lehre leitet Klintworth die Unterscheidung zwischen einer eher strafbaren Recherche „ohne konkreten Verdacht“ und eines zulässigen Vorgehens, um einen akuten Missstand aufzudecken, ab.¹⁰⁷ Letzteres ist im Bereich der Undercover-Recherche überwiegend der Fall, da zumeist Hinweise auf Missstände an Redaktionen oder Journalisten von Dritter Seite herangetragen werden.

Sowohl die höchstrichterliche Rechtsprechung als auch die überwiegende Lehrmeinung beweisen, dass der Undercover-Journalismus durch die Vorgaben aus § 201 StGB nicht wesentlich eingeschränkt wird, solange die verdeckte Recherche auf Bereiche von besonderer öffentlicher Bedeutung bezieht, zumal Tonaufzeichnungen oft entbehrlich sind, wenn Filmaufnahmen vorliegen und ein Gedächtnisprotokoll angefertigt wird.¹⁰⁸ Dies ist auch gängige Praxis in den

¹⁰⁴ OLG München, Urteil vom 20. Januar 2005, AZ: 6 U 3236/04

¹⁰⁵ „Auch die Publikation rechtswidrig recherchierter Informationen fällt in den Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 GG“, vgl. BVerfGE 66, 116, 137

¹⁰⁶ OLG München, Urteil vom 20. Januar 2005, AZ: 6 U 3236/04

¹⁰⁷ Klintworth (2014), S. 95

¹⁰⁸ So auch Klintworth (2014), S. 100 f.

meisten im Fernsehen ausgestrahlten Undercover-Reportagen. Eine seltene Ausnahme bot eine Undercover-Reportage in der ein Arzt als Beispiel für leichtfertige Arzneimittelverschreibung diente. Zwar wurde der Arzt auf dem Bildmaterial unkenntlich gemacht, nicht jedoch die Stimme verfremdet, so dass das OLG Düsseldorf den Fernsehsender aufgrund Verstoßes gegen § 201 I StGB verurteilte. In der Urteilsbegründung führte das Gericht aus, keine Rechtfertigungsgründe im Sinne des § 34 StGB oder hinsichtlich der Verfolgung berechtigter Interessen in der Reportage erkennen zu können, da durch Kürzung des Filmmaterials beim Publikum ein falscher Eindruck erweckt und somit journalistische Grundsätze missachtet wurden.¹⁰⁹

c) Filmaufnahmen und Photographien

Neben dem Recht am eigenen Wort wird auch das Recht am eigenen Bild durch das StGB geschützt, allerdings erst seit 2004. Zuvor war es lediglich durch das „Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie“, kurz „KunstUrhG“ geregelt.

Dort heißt es im § 22: „Bildnisse dürfen nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden. Die Einwilligung gilt im Zweifel als erteilt, wenn der Abgebildete dafür, dass er sich abbilden ließ, eine Entlohnung erhielt.“ Eingeschränkt wird dieses Gebot allerdings durch § 23, der Ausnahmen von dieser Regel festlegt:

Ohne die nach § 22 erforderliche Einwilligung dürfen verbreitet und zur Schau gestellt werden: Bildnisse aus dem Bereiche der Zeitgeschichte, Bilder, auf denen die Personen nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen, Bilder von Versammlungen, Aufzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben und schließlich Bildnisse, die nicht auf Bestellung angefertigt sind, sofern die Verbreitung oder Schaustellung einem höheren Interesse der Kunst dient.

Diese Regelungen finden aber ihre Grenzen wiederum durch Nr. 2, der besagt, dass sich „die Befugnis [...] jedoch nicht auf eine Verbreitung und Schaustellung,

¹⁰⁹ OLG Düsseldorf · Urteil vom 26. Oktober 2011 · Az. I-15 U 101/11;
<http://openjur.de/u/451583.html>

durch die ein berechtigtes Interesse des Abgebildeten oder, falls dieser verstorben ist, seiner Angehörigen verletzt wird“ erstreckt.

Zu verschiedenen Rechtsauffassungen kommt es dabei vor allem hinsichtlich der Frage, ob eine Person eine „absolute“ oder „relative“ Person der Zeitgeschichte ist. Eine „absolute“ Person der Zeitgeschichte steht durch ihr gesamtes Wirken dauerhaft im Blickpunkt der Öffentlichkeit, zum Beispiel Angehörige aus Königshäusern und berühmte Wissenschaftler. Als „relative“ Person der Zeitgeschichte wird jemand definiert, der in einem bestimmten Augenblick als „Person der Zeitgeschichte“ fungiert, etwa wenn er als Anmelder einer Demonstration fungiert, ohne sonst in der Öffentlichkeit zu wirken. Im Zweifelsfall berücksichtigen Journalisten die juristisch brisanten Vorgaben, indem sie im Zweifel Namen nicht ausschreiben und Gesichter unkenntlich machen, obgleich es doch auffällige Ausnahmen gibt.¹¹⁰

Das OLG Hamburg führt dazu aus:

„Als relative Personen der Zeitgeschichte nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 KunstUrhG kommen Angeklagte dann in Betracht, wenn die ihnen zur Last gelegte Tat über das täglich Wiederkehrende hinausgeht und einiges Aufsehen erregt hat. Ob und in welchem Umfang die Allgemeinheit ein das Persönlichkeitsinteresse überwiegendes Informationsinteresse hat, ist aufgrund einer wertenden Abwägung aller betroffenen Interessen und Umstände des Einzelfalls zu ermitteln.“¹¹¹

Während das „KunstUrhG“ also lediglich die unbefugte Verbreitung von Bildnissen untersagte, ist seit Einführung des § 201 a StGB auch die unbefugte Erstellung von Bildnissen dort strafbewehrt, wo sie in einem geschützten Lebensbereich erstellt werden.¹¹² Darunter fallen die Wohnung, ein besonders umgrenzter Garten, öffentliche Toiletten, Umkleidekabinen und Behandlungszimmer.¹¹³

¹¹⁰ Oft richtet sich der Journalist dabei nach dem Grad seiner eigenen Gefährdung und dem Ansehen der portraitierten Person. Mit zweierlei Maß misst hier etwa Spiegel TV, das regelmäßig – ebenso wie andere Medien – tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten mit Klarnamen und Bild anprangert, während es zugleich mutmaßliche Täter libanesisch-kurdischer Herkunft, die bereits durch ihre häufige Erwähnung in der allgemeinen medialen Berichterstattung als tatsächliche Personen der Zeitgeschichte gelten könnten, stets unkenntlich macht.

¹¹¹ OLG-HAMBURG – Beschluss, 3-14/12 vom 05.04.2012

¹¹² Vgl. Klintworth (2014), S. 101

¹¹³ Räume, die zumindest einer beschränkten Öffentlichkeit zugänglich sind, wie die meisten Arbeitsbereiche, fallen nicht darunter; vgl. Klintworth (2014), S. 116

Damit wurde einerseits die bis dahin bestehende Ungleichbehandlung von Ton- und Bildinformationen beseitigt, andererseits auf die zunehmende Gefährdung der Privatsphäre durch neue Medien wie Handykameras und das Internet reagiert.¹¹⁴

Zugleich kann das Gesetz als Nachbesserung im Sinne einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte verstanden werden (EGMR, Beschwerde-Nr. 59320/00, 24. Juni 2004), das ein Urteil des BVerfG (1 BvR 653/96, 15. Dezember 1999; und damit auch das BGH-Urteil VI ZR 15/95, 19. Dezember 1995) kassierte. Das BVerfG hatte im sogenannten „Caroline-Urteil“ (nach der Klägerin Caroline von Monaco) die Pressefreiheit aus Art. 5 GG dadurch gestärkt, dass es darunter auch „unterhaltende Publikationen und Beiträge sowie deren Bebilderung“ verstand und dies auch „für die Veröffentlichung von Bildern, die Personen des öffentlichen Lebens in alltäglichen oder privaten Zusammenhängen zeigen“ geltend machte. Der EGMR gab dagegen Caroline Recht, die von ihr in einer Illustrierten veröffentlichte Bilder verbieten lassen wollte, da sie in einem privaten Bereich entstanden, und erklärte u.a.: „Die Freiheit der Meinungsäußerung gilt zwar auch für die Veröffentlichung von Fotos, doch in diesem Bereich kommt dem Schutz des guten Rufs und der Rechte anderer besondere Bedeutung zu, da es hier nicht um die Verbreitung von „Ideen“ geht, sondern von Bildern, die sehr persönliche oder sogar intime Informationen über einen Menschen enthalten. Außerdem werden die in der Boulevardpresse veröffentlichten Fotos oftmals unter Bedingungen gemacht, die einer ständigen Belästigung gleichkommen und von der betroffenen Person als Eindringen in ihr Privatleben, wenn nicht sogar als Verfolgung empfunden werden.“¹¹⁵

Da das neue Gesetz erhebliche Bedeutung für den investigativen, vor allem aber auch für den verdeckt recherchierenden Undercover-Journalismus entfaltet, wurde es bei Einführung aus Reihen der Pressevertreter stark kritisiert und als mögliche „juristische Fessel“ bezeichnet.¹¹⁶ Hans Leyendecker ging noch einen Schritt weiter und fürchtet, dass die Arbeit mit versteckter Kamera in große Gefahr geraten sei, wodurch der Undercover-journalismus im Kern betroffen sei.¹¹⁷

¹¹⁴ Klintworth (2014), S. 102

¹¹⁵ EGMR, Beschwerde-Nr. 59320/00, 24. Juni 2004

¹¹⁶ Tillmanns (2005), S. 442

¹¹⁷ Leyendecker (2010) URL: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/gestutzte-pressefreiheit-reporter-in-der-falle-1.897321> (Stand:18.12.2014)

Auch Juristen bemängeln den im Gesetz enthaltenen Begriff des „höchstpersönlichen Lebensbereiches“, der gegen das Bestimmtheitsgebot des Art. 103 II GG verstoße und dadurch Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 201 a StGB nähre.¹¹⁸

In der Praxis sind vor allem solche Undercover-Recherchen von dem Schutzbereich des Gesetzes betroffen, die wie im Bereich der Ermittlungen im Pädophilen-milieu häufig innerhalb von Privatwohnungen stattfinden. Hans Leyendecker verweist auf den Fall des Reporters Manfred Karremann, der seit vielen Jahren aufklärerische Dokumentarfilme über die Pädophilenszene recherchierte („Unter Kinderschändern“), und dabei mit versteckter Kamera arbeite, um einerseits Täter zu überführen, andererseits aber auch Selbstschutz zu betreiben: um zu beweisen, dass er sich bei den Recherchen nicht strafbar gemacht hat.¹¹⁹ Vor Einführung des § 201 a hätten lediglich die Personen auf dem Filmmaterial gemäß den Einschränkungen aus dem KunstUrhG unkenntlich gemacht werden müssen, was aber den Beweiswert der Aufnahmen im Hinblick auf die Vorgehensweise derartiger Täter nicht geschmälert hätte.¹²⁰

So behindert dieses Gesetz den investigativen ebenso wie den Undercover-Journalismus gerade dort, wo ihm eine überragende Wächterfunktion zukommt, wie im Bereich der Kinderpornographie, während triviale Undercover-Reportagen in der Regel nicht betroffen sind.

Von geringer Bedeutung im Bereich des Undercover-Journalismus sind anders als beim investigativen Journalismus Verstöße gegen das Briefgeheimnis und das Verbot, Daten auszuspähen (§ 202 StGB), da der jeweilige Inhalt besonders zugangsgeschützt sein muss.¹²¹

Ebenso selten und daher vernachlässigt werden können entsprechende Vorgaben aus § 203 StGB bezüglich des Verrates von Privatgeheimnissen oder der Anstiftung dazu, da das Entgegennehmen einer Information durch den Journalisten nicht zur Erfüllung ausreicht.¹²²

¹¹⁸ Klintworth (2014), S. 119

¹¹⁹ Leyendecker (2010) <http://www.sueddeutsche.de/kultur/gestutzte-pressefreiheit-reporter-in-der-falle-1.897321>

¹²⁰ So Klintworth (2014), S. 120 f.

¹²¹ Vgl dazu Klintworth (2014), S. 132 ff.

¹²² Vgl dazu Klintworth (2014), S. 140

4.3.2. Urkundenfälschung und Dokumentenmissbrauch

Die meisten Gefahren strafrechtlicher Natur drohen dem Undercover-Journalisten durch die Annahme einer falschen Identität. In Verbindung mit falschen Angaben über seine Motivation etwa bei Annahme eines Beschäftigungsverhältnisses berührt der Undercover-Journalist so die Schutzbereiche der §§ 132 a (Missbrauch von Titeln und Berufsbezeichnungen), 263 (Betrug), 267 (Urkundenfälschung) 273 (Verändern von amtlichen Ausweisen) sowie 281 (Missbrauch von Ausweispapieren).

Der Betrugsvorwurf aus § 263 ist dabei nur dann aufrecht zu erhalten, wenn ein auch unter Vorspiegelung einer falschen Identität für eine bestimmte Tätigkeit angestellter Journalist nicht über eine für diese Tätigkeit vorgeschriebene Qualifizierung verfügt.¹²³

Anders verhält es sich, wenn ein verdeckt recherchierender Pressevertreter durch Vorspiegelung einer falschen Identität Leistungen erschleicht, die für bestimmte Personengruppen vorbehalten sind – wozu auch das Erbetteln von Almosen oder kostenloser Gaben zählt.¹²⁴ In diesen Fällen kann die Annahme einer fremden Identität den strafbaren Tatbestand des Betruges erfüllen, sofern nicht eine – zumeist einschlägige – Rechtfertigung durch Aufdeckung konkreter Missstände bzw. Abwehr akuter Gefahren vorliegt.¹²⁵

Ebenfalls strafbar nach § 281 StGB ist es, ein Ausweispapier einer anderen Person zu Zwecken der Täuschung im Rechtsverkehr zu gebrauchen oder jemandem ein solches für den gleichen Zweck zu überlassen. Beides trifft in Bezug auf den Undercover-journalismus immer wieder zu. Günter Wallraff etwa nutzte Ausweispapiere eines Freundes als er sich als Wohnungsloser ausgab, um im Obdachlosen-Milieu zu recherchieren.¹²⁶

Auch hier liegt eine objektive Strafbarkeit des Journalisten gemäß § 281 StGB (Missbrauch von Ausweispapieren) vor, die jedoch ebenfalls durch sich aus § 34 StGB ergebende Umstände oder durch Wahrnehmung berechtigter Interessen

¹²³ So Klintworth (2014), S. 190

¹²⁴ Vgl. Klintworth (2014), 190 f.

¹²⁵ In den Wallraff betreffenden Fällen wurde dies durch Gerichte jedenfalls stets angenommen.

Vgl. Klintworth (2014), S. 192

¹²⁶ Vgl. Wallraff (2012), S. 77 f.

gerechtfertigt sein könnte. In der Praxis räumen auch hier die Gerichte der Pressefreiheit und dem Anliegen, Missstände aufzudecken, ein größeres Gewicht ein, als dem Verbot.

Mit dem Verwenden falscher Ausweispapiere geht in der Regel tateinheitlich die Möglichkeit einer Urkundenfälschung (§ 267 I StGB) einher, die dann greifen könnte, wenn der unter falschem Namen operierende mit diesem falschen Namen Dokumente wie Arbeits- oder Mietverträge unterzeichnet. Hier geht aber die herrschende Lehrmeinung davon aus, dass der Tatbestand nicht erfüllt wird, wenn der Journalist lediglich seinen Namen verschleiert. Es fehlt dann nämlich am Vorsatz, eine „Täuschung im Rechtsverkehr“ zu unternehmen.¹²⁷

Lediglich wenn der Journalist sich selbst falsche Papiere ausstellen, also Personal- oder andere Ausweise fälschen würde, könnte eine Strafbarkeit erreicht sein. Diese Fälle sind aber bislang in der Praxis noch nicht Gegenstand von Verfahren gewesen.

4.3.3. Nichtanzeige geplanter Straftaten

Im Verlaufe verdeckt geführter Recherchen kann es schnell dazu kommen, dass der Journalist vor der Entscheidung steht, Straftaten von denen er im Zuge seiner Recherchen erfährt, sofort zur Anzeige zu bringen und damit Gefahr läuft, seine Tarnung auffliegen zu lassen, oder eine solche Anzeige bis ans Ende seiner Recherchen zurückzustellen. Hinzu kommt der Interessenkonflikt zwischen der Anzeigepflicht und dem Informantenschutz. Oft bildet ja erst der Tipp eines Informanten die Grundlage für den Journalisten einer Sache auch mit Hilfe verdeckter Recherchen auf den Grund zu gehen. Wenn er aber „glaubhaft“ von einem Vorhaben eines Deliktes erfahrend „unverzüglich“ Anzeige erstatten muss, entfällt nicht nur die Grundlage seiner Tätigkeit als Undercover-Journalist, sondern es wird auch sein Informant gefährdet. Der Schutz des Informanten nimmt auch nach Nr. 5 des Pressecodex eine große Bedeutung ein, wenn es dort heißt, dass „die vereinbarte Vertraulichkeit“ zwischen Informant und Journalist „grundsätzlich zu wahren“ ist.

¹²⁷ So u.a. Klintworth (2014), S. 194

Eine Anzeigepflicht gemäß § 138 StGB besteht dabei nicht nur hinsichtlich allgemein anerkannter schwerer Straftaten wie Mord, Entführung oder ähnlicher Eingriffe gegen Leib und Leben, sondern bereits bei Kenntnis einer geplanten Brandstiftung oder Fälschungen, in denen Geld oder Kreditkarten gefälscht werden (§ 138 I Nr. 8, Nr. 5).

Dies kann im Einzelfall erhebliche Konsequenzen für einen verdeckt ermittelnden Journalisten nach sich ziehen, sofern er den nicht durch in § 139 StGB enthaltene Ausnahmeregelungen straflos bleibt. Dazu zählen ein Verwandtschaftsverhältnis und die Umstände, dass eine geplante Tat nicht einmal das Versuchsstadium erreicht oder die Tat anders als durch Anzeige abgewendet werden kann.¹²⁸

Paradox wird es indes, wenn der Undercover-Journalist sich dadurch einer Strafbarkeit entziehen kann, dass er sich an den Tatvorbereitungen beteiligt. So könnte der Journalist, der etwa von einer geplanten Brandstiftung erfährt, dem Täter durch geringfügige Hilfe – denkbar wäre etwa das Überlassen eines Feuerzeuges – der Strafbarkeit aus § 138 entziehen ohne aufgrund der Geringfügigkeit seiner Mithilfe Gefahr zu laufen, im Nachhinein für seine Mithilfe bestraft zu werden.¹²⁹

4.3.4. Nachstellung und Hausfriedensbruch

a) Nachstellung

Wenn ein Journalist unbefugt im Laufe seiner verdeckten Recherche „beharrlich“ die Nähe eines Rechercheziels sucht und „dadurch dessen Lebensgestaltung schwerwiegend beeinträchtigt“, erfüllt er den Tatbestand der Nachstellung aus § 238 StGB.

Beharrlich im Sinne des Gesetzes geht dabei ein Journalist bereits dann vor, wenn er mehrfach bestimmte Orte aufsucht, um dort die Zielperson zu treffen oder in unmittelbarer Nähe zu beobachten, was auch bei der verdeckten Recherche

¹²⁸ Vgl. Klintworth (2014), S. 178 f.

¹²⁹ Die Brandstiftung aus § 306 etwa wird in minder schweren Fällen mit 6 Monaten bis 5 Jahren bestraft. Als Mittäter erhielt er maximal $\frac{3}{4}$, meistens aber deutlich weniger, gemäß Abs. II darf das Gericht die Strafe sogar bis zum gesetzlichen Mindestmaß der angedrohten Strafe absenken oder statt auf Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkennen. Bei Unterlassung der Anzeige kann er aber ebenfalls bis zu 5 Jahre Haft erhalten (§ 138 I).

vorkommen kann.¹³⁰ Allerdings entfällt bei dieser Rechercheform zumeist das unbefugte Handeln, da der Undercover-Journalist sich ja zumeist eine falsche Legende gibt, um eben eine ablehnende Reaktion des Zielobjektes zu verhindern. Das Opfer der unbefugten Nachstellung muss aber den Willen auf Unterlassung der Handlung des Täters diesem gegenüber ausdrücklich zu erkennen geben, damit eine Strafbarkeit eintreten kann.

b) Hausfriedensbruch

Darüber hinaus könnte der Undercover-Journalist sich auch des Hausfriedensbruchs gemäß § 123 StGB strafbar machen:

„Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“

Das widerrechtliche Betreten und befugnislose Verweilen könnte dann einschlägig sein, wenn die Motivation eines Journalisten nicht in der offenen Ausübung einer Arbeitstätigkeit liegt, sondern in der heimlichen Recherche. Dann wäre die Erlaubnis zum Betreten eines Objektes durch Täuschung des Rechteinhabers erfolgt. Die Bewertung dieser Täuschung ist Gegenstand juristischer Kontroversen: Das OLG München hat in einem Fall, in dem sich Polizisten als Drogenkäufer ausgaben, um einen Drogenhändler zu überführen die grundsätzliche Strafbarkeit dieser Handlung bejaht, da der Wohnungsbesitzer bei Kenntnis der tatsächlichen Motivation der Gäste diesen den Zutritt verwehrt hätte.¹³¹

Diese Sichtweise wird von anderer Seite abgelehnt, da durch das bloße Täuschen über den Zweck des Betretens eines Objektes „kein rechtsgutbezogener Irrtum beim Hausrechtsinhaber erweckt“ werde,¹³² es also keine Rolle spiele warum jemand Zutritt erhält, solange der Zutritt nicht verweigert

¹³⁰ Vgl. Kraus (2009), S. 127 f.; ebenso Klintworth (2014), S. 153

¹³¹ OLG München NJW 1972, 2275; das OLG bezog sich also auf den nicht geäußerten „wahren Willen“ des Berechtigten; vgl. Klintworth (2014), S. 169

¹³² Klintworth (2014), S. 171

wird. Gleiches gilt für die missbräuchliche Nutzung einer generellen Zutritterlaubnis für Geschäftsräume mit Publikumsverkehr.

Der Undercover-Journalist, der seine wahre Identität und Motivation verbirgt um sich Zutritt in Privat- oder Geschäftsräume zu verschaffen, begeht demnach keinen Hausfriedensbruch im Sinne des § 123, sondern handelt nur dann rechtswidrig, wenn er einem Verweis aus den Räumlichkeiten durch den Hausrechtsinhaber nicht unverzüglich nachkommt („Unbefugtes Verweilen“, § 123 I Var. 2 StGB).¹³³

Hausfriedensbruch begeht der Undercover-Journalist aber, wenn er sich heimlich Zutritt zu einem Privatbesitz verschafft, um Missstände zu dokumentieren. In diesen Fällen muss eine Güter- und Interessenabwägung stattfinden. In den häufigen Fällen, in denen heimlich Tierschutzwidrige Zustände dokumentiert werden entscheiden die Gerichte in der Regel zu Gunsten der Journalisten. Das heißt, dass das auf rechtswidrige Weise – z.B. durch Hausfriedensbruch – erlangte Material nicht automatisch unverwertbar ist.¹³⁴

Darüber hinaus wird sogar diskutiert, ob ein Notstand im Sinne des § 34 StGB – siehe oben 3.3.1. b) – als Rechtfertigungsgrund für einen Hausfriedensbruch in Frage kommt, die Strafbarkeit also etwa im Falle eines recherchierenden Journalisten aufgehoben wird. Zu unterscheiden ist dabei einerseits, ob der Hausfriedensbruch aufgrund einer vagen Vermutung oder eines konkreten Verdachtes geschieht, und andererseits ob er eine Privatwohnung oder ein Firmengelände betrifft. Im Fall der Privatwohnung fällt die Entscheidung unter Berücksichtigung des ausdrücklichen Grundrechtsschutzes aus Art. 13 GG zumeist für den Hausrechtsinhaber aus.¹³⁵

Das BVerfG führte dazu aus: „Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung anerkannt, dass das Grundgesetz dem einzelnen Bürger einen unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung gewährt, der die Einwirkung der öffentlichen Gewalt entzogen ist (BVerfGE 6, 32 [41], 389 [433]; 27, 1 [6], 344 [350 f.]; 32, 373 [378 f.]; BVerfGE 33, 367 [376 ff.]). Das verfassungskräftige Gebot, diesen Kernbereich, die Intimsphäre des Einzelnen, zu achten, hat seine

¹³³ Klintworth (2014), S. 171 f.

¹³⁴ Siehe etwa OLG Nürnberg 1. Senat und OLG Hamm OLGR 2004, 345

¹³⁵ Vgl. Klintworth (2014), S. 172 f.

Grundlage in dem durch Art. 2 Abs. 1 GG verbürgten Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Bei der Bestimmung von Inhalt und Reichweite des Grundrechts aus Art. 2 Abs. 1 GG muss berücksichtigt werden, dass nach der Grundnorm des Art. 1 Abs. 1 GG die Würde des Menschen unantastbar ist und gegenüber aller staatlichen Gewalt Achtung und Schutz beansprucht. Überdies darf nach Art. 19 Abs. 2 GG auch das Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG nicht in seinem Wesensgehalt angetastet werden (BVerfGE 27, 344 [350 f.]; 32, 373 [376]). Selbst überwiegende Interessen der Allgemeinheit können einen Eingriff in den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung nicht rechtfertigen; eine Abwägung nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes findet nicht statt.“¹³⁶

Dieses höchstrichterliche Grundsatzurteil hat Auswirkungen sowohl auf das Persönlichkeitsrecht (Art. 1 u. 2 GG) als auch auf das damit in Zusammenhang stehende Recht auf einen unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung, der sich in der Privatwohnung aber auch in privater oder intimer Korrespondenz jeglicher Art entfalten kann. Dieser Privatbereich darf auch bei Überwiegen allgemeiner bzw. öffentlicher Interessen nicht angetastet werden. Damit unterliegen journalistische Recherchen, die durch unbefugtes Betreten einer Privatwohnung gewonnen werden ebenso der Strafbarkeit wie innerhalb einer solchen angefertigte Ton- oder Filmaufzeichnungen. Lediglich außerhalb dieses „Kernbereichs privater Lebensgestaltung“ – etwa in Geschäfts- oder Büroräumen – werden die Interessen der Allgemeinheit, verkörpert durch den (Undercover-) Journalisten, denen des Rechercheobjektes gegenübergestellt und gegeneinander abgewogen. Hier fällt die Entscheidung dann oft zu Gunsten der Journalisten aus, wenn die Recherche mit dem Ziel der Abwehr einer konkreten Gefahr erfolgt.¹³⁷

Ungemach droht dem Journalisten allerdings auch im umgekehrtem Fall: Wenn er jemanden anderen bei einer Behörde zu Unrecht anzeigt und sich damit falscher Verdächtigungen (§ 164 StGB) schuldig macht. Diese Gefahr wird jedoch dadurch minimiert, dass die Anzeige „wider besseren Wissens“ erfolgen muss.

¹³⁶ BVerfGE 34, 238

¹³⁷ Vgl. dazu Klintworth (2014), S. 173 ff.

4.3.5. Zivilrechtliche Grenzen

Regelmäßig versuchen von investigativen oder Undercover-Recherchen betroffene Personen gegen die Journalisten aufgrund wettbewerbsrechtlicher Vorgaben vorzugehen. Dies lehnten verschiedene Gerichte bislang überwiegend ab, wie etwa das OLG München: „Eine Wettbewerbsabsicht des Beklagten kann aus Sicht des Senats auch nicht damit begründet werden, dass der Beklagte Fälle recherchieren muss, um seine eigene journalistische Tätigkeit zu fördern, denn dann würde jegliche journalistische Tätigkeit den wettbewerbsrechtlichen Regelungen unterliegen. Jedenfalls in dem geschützten Bereich der Meinungsbildung und Information kann ein wettbewerbliches Handeln nicht angenommen werden.“¹³⁸

Ähnlich verhält es sich mit dem ebenfalls vorkommenden Versuch, unliebsame journalistische Rechercheergebnisse durch den Vorwurf der ehrverletzenden Inhalte zu bekämpfen. In diesen Fällen wird statt einer Strafanzeige aufgrund von Verstößen gegen die § 185 ff. (Beleidigung, Üble Nachrede) zumeist Zivilklage gemäß § 823 BGB gestellt. Gegen diese oft missbräuchliche Klage werden Journalisten durch den § 193 StGB geschützt, der, so Klintworth, „eine umfassende Abwägung zwischen der Pressefreiheit auf der einen, und dem Persönlichkeitsschutz auf der anderen Seite ermöglicht.“ Lediglich bei Überschreiten dieser u.a. durch § 193 BGB konkretisierten Schranken begibt sich der Vertreter der Medien in den Bereich der Strafbarkeit.¹³⁹

Weitere Mittel für Schadenersatzklagen von Firmen gegen Journalisten liefern das Wertpapierhandelsgesetz in Gestalt des Verbotes der Weitergabe von Insiderwissen und der strafbaren Marktmanipulation durch Wissensweitergabe (§ 38 f. WpHG) sowie das Urheberrechtsgesetz in Form des Verbotes der Veröffentlichung geheimer Unterlagen. Juristen sehen hier grundsätzliche Gefahren für den investigativen Journalismus, solange dieser von den Gesetzen nicht ausdrücklich ausgenommen wird.¹⁴⁰ Dennoch halten sich die praktischen Negativwirkungen durch diese Art von Verboten für Journalisten bislang in Grenzen, konnte sich doch bislang noch kein Gericht der Firmenargumentation

¹³⁸ Harte/Henning-Keller, UWG, Kommentar, Ausgabe 2004, § 2 Nr. 1 Rd. 43. OLG München, Urteil vom 20. Januar 2005, AZ: 6 U 3236/04

¹³⁹ Klintworth (2014), S. 176

¹⁴⁰ So Klintworth (2014), S. 232 ff.

anschließen, dass diese Rechtsverletzungen das Recht der Öffentlichkeit auf Aufklärung durch Undercover ermittelnde Journalisten überwiegen würde.¹⁴¹

Ein aktueller Prozess in Zusammenhang mit dem vorgeblichen Verrat von Betriebsgeheimnissen durch Undercover-Journalismus wird derzeit zwischen dem Bekleidungsversandhändler Zalando und RTL ausgetragen: Im Zuge der Bekanntmachung der Arbeitsverhältnisse bei Zalando durch die Undercover-Journalistin Caro Lobig für den Fernsehsender RTL, strebte das Unternehmen Zalando eine Klage wegen Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen gegen die Journalistin an. Als Reaktion reichte sie zusammen mit der Gewerkschaft Verdi eine Kündigungsschutzklage ein, da RTL der Auffassung ist, dass „Mitarbeiter, die Missstände öffentlich machen, [...] nicht mit fristloser Kündigung bestraft werden [können].“¹⁴² Eine Entscheidung steht bis zum heutigen Zeitpunkt noch aus.

Zudem ist es den investigativen Journalisten hoch anzurechnen, dass sie der Öffentlichkeit auch Informationen zulassen kommen, die aus nicht allgemein zugänglichen Quellen stammen, um das Informationsdefizit der Bürger auszugleichen, auch wenn sie dabei Staatsgeheimnisse verraten.¹⁴³ Dennoch darf ein Enthüllungsjournalist keine vertraulichen Redaktionsgespräche zur Aufdeckung von Missständen publik machen, da Redaktionsgeheimnisse ein wichtiger Bestandteil der Pressefreiheit nach Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG sind.¹⁴⁴ Im Prozess der Bild Zeitung gegen Wallraff fand die Pressefreiheit der Bild-Zeitung mehr Gewichtung als Wallraffs Veröffentlichungsinteresse, da die rechtswidrig aufgedeckten Methoden „nur moralisch und ethisch“ fragwürdig waren.¹⁴⁵

¹⁴¹ Siehe dazu Klintworth (2014), S. 204 f.

¹⁴² Focus (2014): Juristisches Nachspiel wegen RTL-Beitrag, Zalando zeigt Undercover-Reporterin Lobig an. URL: http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/nach-tv-bericht-zalando-zeigt-undercover-reporterin-lobig-an_id_3776961.html Stand (5.1.2015)

¹⁴³ Vgl. BVerfGE 20, 162 (174)

¹⁴⁴ Vgl. BVerfGE 66, 116 (135)

¹⁴⁵ Eichhoff (2000), S.32

4.4. Akzeptanz und Effizienz des Undercover-Journalismus

Ein immer wieder von Journalisten genanntes Kriterium, inwieweit verdeckte Recherchemethoden eingesetzt werden sollten, war die Frage der Effizienz dieser Methoden. Die Mehrheit der Fachleute stimmt darin überein, sie nur zu verwenden, wenn sie dazu dienen, Informationen zu beschaffen, die auf anderen Wegen nicht zu beschaffen wären.

Ein weiterer Bewertungsansatz des Undercover-Journalismus innerhalb eines demokratischen und pluralistischen Staates ist seine allgemeine Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung.

4.4.1. Öffentliche Akzeptanz und Ablehnung

Zur Akzeptanz der Methoden der verdeckten Recherche des Undercover-Journalismus liegt eine repräsentative Umfrage aus dem Jahr 2006 vor. Zu berücksichtigen ist hier, dass zu dieser Zeit das Ausmaß des Einsatzes versteckter Kameras zur Aufdeckung von Missständen nicht so inflationär betrieben wurde, wie es heute der Fall ist.

Zur Frage, ob es vertretbar sei, sich als Mitarbeiter in einem Betrieb oder einer Organisation zu betätigen, um an interne Informationen zu gelangen, nahmen 48,9 % der Befragten eine grundsätzlich zustimmende Haltung ein. Allerdings hielten lediglich 11,2 % ein derartiges Vorgehen für „voll und ganz vertretbar“.¹⁴⁶

Deutlich geringer war demnach die Zustimmung zur Methode, sich als eine andere Person auszugeben. Das hielten 31,9 % für teilweise, und 7,8 % für vollständig legitim.

Die geringste Zustimmung erhielt in dieser Umfrage die Nutzung versteckter Mikrofone oder Kameras. Hier lagen die Positivanteile insgesamt bei 27,9 %, von denen aber nur 4,8 % für eine uneingeschränkte Nutzung dieser Mittel plädierten.¹⁴⁷

¹⁴⁶ Umfrage bei Nagel (2007), S. 88

¹⁴⁷ Angaben ebendort

Abbildung 1: Akzeptanz umstrittener Rechertechniken in Deutschland

Aussagen über Rechtfertigungen von Recherchemethoden	Zustimmung in Prozent voll & ganz vertretbar	teils/ teils vertretbar
Vertrauliche Regierungsunterlagen benutzen, ohne die Genehmigung zu haben	25,4	58,6
Sich als Mitarbeiter in einem Betrieb oder Organisation betätigen, um an interne Informationen zu gelangen	11,3	48,9
Eine andere Meinung oder Einstellung vorgeben , um Informanten Vertrauen einzuflößen	11,2	44,8
Sich als andere Person ausgeben	7,8	31,9
Leute für vertrauliche Informationen Geld bezahlen	6,4	27,1
Versteckte Mikrofone oder Kamera benutzen	4,8	27,9
Unwillige Informanten unter Druck setzen, um Informationen zu bekommen	1,0	11,9
Informanten Verschwiegenheit zusagen, sie aber nicht einhalten	0,7	2,9
Private Unterlagen von jemanden ohne dessen Zustimmung verwenden	0,4	7,7

Quelle: Weischenberg, Malik , Scholl 2006: 357.

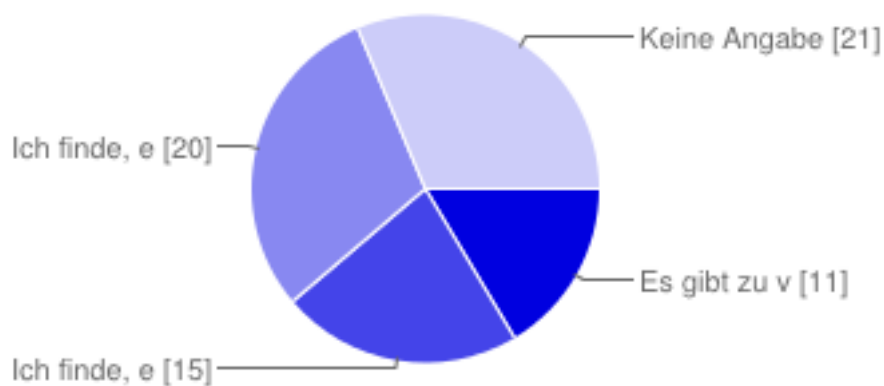
Fraglich ist, ob diese Werte auch in heutiger Zeit noch Geltung beanspruchen können. Denkbar wäre, dass die inflationäre Verwendung derartiger Methoden entweder zu einer Zunahme der Ablehnung geführt haben oder aber durch eine

Form der Konditionierung des Publikums ein Gewöhnungseffekt das Gegenteil bewirkt hat.

Eine nicht repräsentative Umfrage führte zu folgenden Ergebnissen:

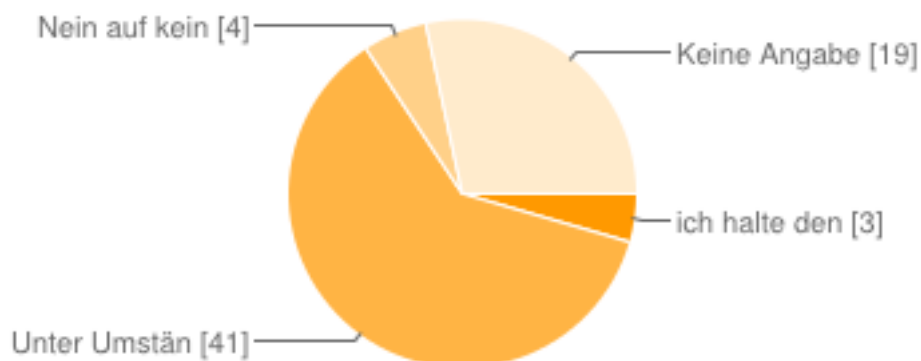
Abb. 2 : Aktuelle Umfrage aus Dezember 2014

Frage 1: Wie bewertet ihr die Quantität von Fernsehbeiträgen, in denen mit versteckten Kameras Missstände aufgedeckt und kriminelle Methoden von Privatfirmen enthüllt werden?



Es gibt zu viele dieser Beiträge	11	16 %
Ich finde, es könnten noch mehr dieser Beiträge gezeigt werden	15	22 %
Ich finde, es gibt weder zu viele noch zu wenige dieser Beiträge	20	30 %
Keine Angabe	21	31 %

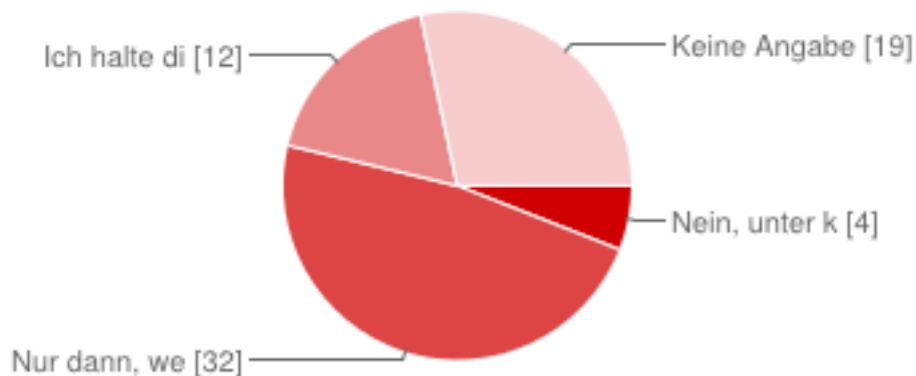
Frage 2: Haltet ihr den Einsatz von versteckten Kameras und Mikrofonen durch Journalisten generell für zulässig?



ich halte den Einsatz generell für unbedenklich	3	4%
---	---	----

Unter Umständen schon – etwa wenn die dadurch aufgedeckten Missstände von öffentlichen Interesse sind	41	61%
Nein auf keinen Fall	4	6%
Keine Angabe	19	28%

Frage 3: Haltet ihr das Verschleiern der eigenen Identität und die Betätigung in einem Betrieb unter Vorspiegelung falscher Tatsachen für ein angemessenes Mittel der journalistischen Recherche?



Nein, unter keinen Umständen	4	6 %
Nur dann, wenn die Recherche von öffentlichen Interesse ist	32	48 %
Ich halte diese Vorgehensweise für angemessen	12	18 %
Keine Angabe	19	28 %

Bei der oben abgebildeten Grafik handelt es sich um eine nicht repräsentative Umfrage von 67 Leuten in der Altersgruppe zwischen 18 und 30 Jahren zu der Frage ob investigative Beiträge in der heutigen Fernsehlandschaft genug Beachtung bekommen und ob die Bevölkerung findet solche investigative Formate würden im Fernsehen unterrepräsentiert sein. Die Umfrage ergab, dass die junge Generation zufrieden mit der Quantität der investigativen Beiträge im Fernsehen ist. Darüberhinaus ist der Rückhalt für die verdeckte Recherche bei den Befragten am Größten wenn der Anlass vom öffentlichen Interesse ist. In diesem Fall wird von den Teilnehmern auch die Vorspiegelungen falscher Tatsachen geduldet, welche bei einigen investigativen Recherchen von Nöten sind.

4.4.2. Effizienz des Undercoverjournalismus und Ausblick

Die Bewertung der Effizienz des Undercoverjournalismus kann nicht generell konstatiert, sondern muss je nach Fall bewertet werden.

Insgesamt hat der Undercover-Journalismus in vielen Fällen dazu beigetragen, enthüllte Missstände abzuschaffen. Insbesondere die zahlreichen auf Verwendung versteckter Kameras basierenden Berichte über schwarze Schafe in der Privatwirtschaft haben dazu geführt, dass einerseits die Initiatoren dubioser Praktiken vorsichtiger geworden sind und damit auch die Betrugsfälle abnehmen. Zugleich stießen derartige Berichte auch eine Reihe von Ermittlungen von polizeilicher Seite an.

Diese Erfolge können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die ausufernde Verwendung versteckter Kameras für die Berichterstattung zu Abnutzungseffekten führen. Der Zuschauer und Konsument derlei Reportageformate vermag nicht mehr einzuschätzen, in welchem der vielen Fälle ein wirklich strafbares Verhalten angeprangert wird, oder ob ein Objekt der Berichterstattung lediglich amoralisch aber nicht strafbar handelt.

Auch im Bereich der investigativen Undercover-Formate ist ein positiver Effekt insofern feststellbar, als dass in die Kritik geratene Unternehmen etwa im Bereich der Altenpflege sensibilisierter wurden und Missstände abstellten.¹⁴⁸

Aufgrund der sich auch in der nicht-repräsentativen Umfrage widerspiegelnden breiten Akzeptanz auch von Undercover-Reportagen mit zweifelhaftem Wert in der Bevölkerung ist von einer weiteren Zunahme dieser Formate im TV-Rundfunk auszugehen. Hierzu existieren bereits Ankündigungen verschiedener Sender. Auch aufwändiger recherchierte Undercover-Reportagen dürften aufgrund des Erfolges beim Zuschauer sowie überwiegend positiver Resonanz in der Rezension weiterhin Bestandteil des Angebotes bleiben.

¹⁴⁸ Vgl. dazu Arnold (1975), S. 243; ebenso Lindner (1975), S. 28..

5. Bilanz

Die Übersicht über die Grenzen des Undercover-Journalismus zeigt, dass das Hauptproblem dieser Form der Berichterstattung weniger rechtlicher, denn systemimmanenter Natur ist. Zwar werden der Journalismus generell und der Undercover-Journalismus im Besonderen durch eine Reihe von Gesetzen eingeschränkt, jedoch sind diese Schranken sehr weit gefasst. Deshalb stellt etwa das Bundesverfassungsgericht als höchste juristische Instanz, ähnlich auch der BGH, die Hauptaufgabe des Investigativen Journalismus, die Bevölkerung über Missstände aufzuklären, unter seinen besonderen Schutz und fördert somit auch den Undercover-Journalismus. Nur wo ein Journalist oder Verlag deutlich die Grenzen seiner Sorgfaltspflicht verletzt, entscheiden die höheren Gerichte regelmäßig zu Ungunsten der Pressevertreter. Vor allem wenn es um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten geht, sind Gerichte eher gewillt, Pressevertreter zur Zurückhaltung zu mahnen, als in wirtschaftlichen oder wettbewerbsrechtlichen Situationen, in denen entsprechende Klagen in der Regel zu Gunsten der Verlagshäuser und Medien entschieden wurden.¹⁴⁹

Ausgenommen von der juristischen Bevorzugung der Presse- und Recherchefreiheit ist dabei allerdings der sogenannte „Intime Bereich“ eines Menschen, der auch bei Überwiegen allgemeiner bzw. öffentlicher Interessen nicht angetastet werden darf. Dieser Sachverhalt, der sowohl Film-, als auch Tonaufzeichnungen verbietet, die z. B. durch unbefugtes Betreten einer Privatwohnung gewonnen werden, kann als ernsthafte Schranke des Undercoverjournalismus wirken und bedarf durchaus der zukünftigen juristischen und gesellschaftlichen Erörterung.¹⁵⁰

In diesem Zusammenhang haben sich Gesetze, die von Juristen als mögliche „Gefährdung der Pressefreiheit“ eingestuft werden, als bislang nicht wirklich hinderlich für den Undercover-Journalismus erwiesen. Sowohl das Nachstellungsverbot aus § 238 StGB als auch die Anzeigepflicht gemäß § 138 StGB haben noch nicht zu nachweisbaren Einschränkungen der Undercover-Recherche geführt, wobei abzuwarten sein wird, wie sich die juristische Bewertung zukünftig entwickelt .

¹⁴⁹ So etwa bei der Klage der Bild-Zeitung gegen Wallraff, siehe oben 3.3.5.

¹⁵⁰ Vor allem in Hinblick auf von der Gesellschaft als „überragend“ wahrgenommene Interessen etwa im Bereich des Schutzes von Kindern vor Pädophilen. Siehe oben 3.3.4.

Dies bedeutet aber nicht, dass dem Undercoverjournalismus deshalb keine signifikanten Grenzen gesetzt wären. Denn bereits für die Durchsetzung der Rechte auf dem Rechtsweg benötigen Verlage Geldmittel. Ebenso spielen knapper werdende Finanzressourcen eine generelle Rolle bei der Entscheidung für die Finanzierung von Undercover-Recherchen, die oft genug Sparzwängen zum Opfer fallen. Dies gilt indes nicht für kaum recherche-bedürftige TV-Undercover-Formate, in denen privatwirtschaftliche Missstände mit wenigen Kameraeinstellungen eingefangen und einem breiten Publikum vorgeführt werden. Diese laufen dafür jedoch Gefahr, einen einseitigen Blick zu vermitteln und jemanden (z. B. eine Firma) auf Kosten anderer zu benachteiligen und auf diese Weise gegen Vorgaben aus dem Pressekodex oder gar Strafrechte zu verstoßen. In diesem Bereich wurden in der Vergangenheit auch mehrfach schwere Verstöße gegen journalistische Standards und teilweise auch gegen geltendes Recht festgestellt, etwa bei der unzulässigen Denunzierung von Rechercheobjekten indem Ausschnitte aus dem Zusammenhang gerissen wurden und der Schutz des Persönlichkeitsrechtes der entsprechenden Personen vernachlässigt wurde.

Als größtes Hindernis für einen am Nutzen der Allgemeinheit orientierten Undercover-Journalismus erweist sich letztlich der Journalist selbst, der sowohl von finanziellen als auch weltanschaulichen Interessen (fehl-?)geleitet ist. „Es ist ein schmaler Grat zwischen dem Journalisten, der aufklären will, damit seine Leser oder Zuschauer alle notwendigen Informationen haben, um selbst darüber zu entscheiden, ob sich etwas ändern muss, und dem Journalisten, der die Macht von Bild und Wort und die geschickte Auswahl von Fakten nutzt, um Veränderungen herbeizuführen“, wie es Elmar Theveßen auf heute.de formuliert.¹⁵¹

Bedenklich ist dabei insbesondere der heutige, auch gesellschaftlich geprägte, Blickwinkel vieler Journalisten, der eine kritische Selbstreflektion oft unmöglich macht. Doch erst wenn der Journalist erkennt, dass politische Scheuklappen und die Annahme finanzieller oder materieller Vergütungen seine journalistische Objektivitätspflicht beeinträchtigen, können die die Pressearbeit beeinträchtigen

¹⁵¹ Elmar Theveßen (2014): Journalisten sind keine Verbrecher. URL: <http://www.heute.de/nr14-jahrestagung-des-netzwerks-recherche-you-never-walk-alone-33917386.html> (Stand: 5.12.2014)

tatsächlichen Grenzen des Journalismus im Allgemeinen und des Undercover-Journalismus im Besonderen überwunden werden.¹⁵²

¹⁵² Vgl. dazu das Fazit von Ulfkotte (2014), S. 235: „Politische Korrektheit in den Redaktionen ist nichts anderes, als eine moderne Form der Zensur“; u. S. 237: Die Einheitsfront des Denkens ist zur Gefahr für unsere Demokratie geworden.“

Literaturverzeichnis

Arnim, Hans-Herbert von (2001): Das System. Die Machenschaft der Macht. München.

Arnold, Heinz Ludwig (1975): Gespräche mit Schriftstellern. Frisch, Grass, Koeppen, von der Grün, Wallraff. München.

Bermes, Jürgen (1991): Der Streit um die Presseselbstkontrolle: Der deutsche Presserat. Eine Untersuchung zur Arbeit und Reform des Selbstkontrollorgans der bundesdeutschen Presse. Baden-Baden.

Bertelsmann Neues Lexikon in 10 Bänden (1996). Bertelsmann Lexikon Verlag GmbH. Band 5: Issel – Leben. Gütersloh.

Bissinger u.a. (2014): Die vierte Gewalt. Vom Verschwinden des investigativen Journalismus. Freiburg.

Boriesson, Kristina (Hg.) (2004): Zensor USA. Wie die amerikanische Presse zum Schweigen gebracht wird. Pendo.

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Wien, Köln und Weimar.

Cario, Ingmar (2006): Die Deutschland-Ermittler: Investigativer Journalismus und die Methoden der Macher. Berlin.

Dithmar, Reinhard (1973): Günter Wallraffs Industriereportagen. Kronberg.

Dudenredaktion (Hrsg.) (2001): Duden Band 5. Fremdwörterbuch. Mannheim, Leipzig, Wien und Zürich. 7. neu bearbeitete und erweiterte Auflage.

Eichhoff, Julia (2000): Investigativer Journalismus aus verfassungsrechtlicher Sicht. Tübingen

Fabris, Hans Heinz (1981): Massenmedien - Instrumente der „Skandalisierung“ oder „Vierte Gewalt“?: zum Kontrollpotential der Medien. In: Brünner, Christian (Hrsg.): *Korruption und Kontrolle*, S. 239-264.

Friedrich, Julia (2014): . In: Bissinger (2014).

Hahn, Ulla/ Töteberg, Michael (1979): Günter Wallraff. München. Aus der Reihe: Arnold, Heinz Ludwig/ Wieckenberg, Ernst-Peter (1979): Autorenbücher. München.

Haller, Michael (2006): Die Reportage. Konstanz

Harte/Henning/Keller (2004): Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), München

Holderegger, Adrian (Hrsg.) (2004): Kommunikations- und Medienethik. Interdisziplinäre Perspektiven. 3. erweiterte Auflage. Freiburg und Wien.

Janisch, Wolfgang (1998): Investigativer Journalismus und Pressefreiheit : ein Vergleich des deutschen und amerikanischen Rechts. Baden-Baden. 167 S. (Zugl.: Dissertation Rechts- und Wirtschaftswiss. Univ. Mainz, 1997)

Kemper, Peter (Hg.) (1994): Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein? Berlin 1994

Klintworth, Swantje Marie (2014): Investigativer Journalismus im Spannungsfeld zwischen Pressefreiheit und Strafrecht. München.

Kraus, Franziska (2009): Zivilrechtlicher Schutz gegen Nachstellen. Berlin.

Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken. 3. korrigierte Auflage. Weinheim.

La Roche, Walther von (2004): Einführung in den praktischen Journalismus. 16., neu bearbeitete Auflage, München.

Leif, Thomas (2010): Recherche-Journalismus als Qualitätsanker. In: Welker / Elter / Weichert (2010), S. 60-75.

Lindner, Christian (Hrsg.) (1975): In Sachen Wallraff. Berichte, Analysen, Meinungen und Dokumente. Köln.

Ludwig, Johannes (2002): Investigativer Journalismus. Recherchestrategien, Quellen, Informanten. Konstanz.

Ludwig, Johannes (2002): Investigativer Journalismus, Recherchestrategien - Quellen - Informanten. 2. verb. u. erw. Auflage 2007, Konstanz.

Ludwig, Johannes (2014): Investigatives Recherchieren. 3. Aufl., Konstanz.

Mertes, Heinz Klaus (1986): Ali. Phänomene um einen Bestseller. München und Berlin.

Morawski, Thomas (2010): Pressefreiheit 2010 – Eine Standortbestimmung. In: Welker / Elter / Weichert (2010), S. 89-106.

Müller-Ulrich, Burkhard (1998): Medienmärchen. Gesinnungstäter im Journalismus. München

Nagel, Lars-Marten (2007): Bedingt ermittlungsbereit, Investigativer Journalismus in Deutschland und in den USA. Berlin.

Offe, Claus (1994): Falsche Antworten, verlogene Fragen, in: Kemper (1994)

Poschmann, Petra (1987): Günter Wallraff. Reportagen und öffentliche Resonanz. o.O.

Prantl, Heribert (2010): Pressefreiheit – das tägliche Brot der Demokratie. In: Welker / Elter / Weichert (2010), S. 14-27.

Raue, Paul-Josef/ Schneider, Wolf (1998): Handbuch des Journalismus. Hamburg.

Redelfs, Manfred (2003): Recherche mit Hindernissen: Investigativer Journalismus in Deutschland und den USA. in: Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.): Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. S. [208]–238

Schneider, Wolf / Raue, Paul-Josef (1998): Handbuch des Journalismus. Reinbek

Schöffthaler, Ele (2006): Die Recherche – Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis. Reihe: Journalistische Praxis (Hg. Walther von La Roche), Berlin.

Stute, Klaus: Investigativer Journalismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunk: dargestellt am Selbstverständnis von Moderatoren des Bayerischen Rundfunks. Diplomarbeit der Universität Eichstätt 1987.

Taylor, Alan (2005): We, the media... . Frankfurt & New York.

Ulfkotte, Udo (2001): So lügen Journalisten. Der Kampf um Quoten und Auflagen. München.

Ulfkotte, Udo (2014): Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und

Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken. Rottenburg.

Wallraff, Günter (1973): Wirkungen in der Praxis. In: Tintenfisch, Jahrgang 1973, Nummer 6, S. 67ff.

Wallraff, Günter (1977): Der Aufmacher. Der Mann, der bei Bild Hans Esser war. Köln.

Wallraff, Günter (1984): Ganz unten. Mit einer Dokumentation der Folgen. 17. Auflage 2004. Köln.

Weischenberg, Siegfried / Malik, Maja / Scholl, Armin (2006): Journalismus in Deutschland. Zentrale Befunde der aktuellen Repräsentativbefragung deutschen Journalisten. In: Media Perspektiven 7/2006, S. 346-361.

Welker, Martin / Elter, Andreas / Weichert, Stephan (Hrsg.) (2010): Pressefreiheit ohne Grenzen? Grenzen der Pressefreiheit. Köln.

Wisniewski, Gerhard (2011): Verheimlicht, vertuscht, vergessen. Was 2010 nicht in der Zeitung stand. München.

Zeitschrift

Tillmanns, Lutz (2005): Aufsätze - § 201 a StGB - Eine problemorientierte Betrachtung aus Sicht der Presseselbstregulierung. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht 6/2005, S. 442

Internet

Bild-Internetauftritt beim Axel-Springer-Konzern (online am 11.8.2006): URL: <http://www.axelspringer.de/inhalte/angebot/frame.htm> (Stand: 28.11.2014)

Breidbach, Jessica: Methodische und presse-ethische Aspekte des investigativen Journalismus am Beispiel von Günter Wallraffs Rollenreportagen „Der Aufmacher“ und „Ganz unten“ anhand der Gegenüberstellung von Täter- und Opferrolle. In: PublicOn. Online-Publikation im Netzwerk für Kommunikation und Wissen Nr. 03/09. URL: <http://www.jessicabreidbach.de/methodische-und-presse-ethische-aspekte-des-investigativen-journalismus> (Stand: 21.11.2014)

Focus (2014): Juristisches Nachspiel wegen RTL-Beitrag, Zalando zeigt Undercover-Reporterin Lobig an. URL: http://www.focus.de/finanzen/news/unternehmen/nach-tv-bericht-zalando-zeigt-undercover-reporterin-lobig-an_id_3776961.html (Stand: 5.1.2015)

Föller, Hans-Joachim (2008): Die DDR und die Westmedien. URL: http://www.deutschlandradiokultur.de/die-ddr-und-die-westmedien.1270.de.html?dram:article_id=191011 (Stand: 20.11.2014)

Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (2009): „Von Weißen für Weiße“. URL: <http://blog.derbraunemob.info/wp-content/uploads/2009/11/Wallraff.pdf> (21.11.2014)

Initiative Tageszeitung e.V. URL: <http://www.initiative-tageszeitung.de/lexika/ol-perserrecht/olp-artikel.html?LeitfadenID=086> (Stand: 22.12.2014)

URL: www.investigativ.org (Stand: 21.11.2014)

Leyendecker, Hans (2010) in: Gestutzte Pressefreiheit, Reporter in der Falle. URL: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/gestutzte-pressefreiheit-reporter-in-der-falle-1.897321> (Stand: 18.12.2014)

Pilarczyk, Hannah (2009) : „Kritik an neuem Wallraff-Film: "Einfach nur der Fremde". URL: <http://www.spiegel.de/kultur/kino/kritik-an-neuem-wallraff-film-einfach-nur-der-fremde-a-655929.html> (Stand 21.10.2014)

Prantl, Heribert (2010): Pressefreiheit – das tägliche Brot der Demokratie. URL: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/antrittsvorlesung-heribert-prantl-das-taegliche-brot-der-demokratie-1.74289-3> (Stand: 21.12.2014)

Pressekodex, in der Version März 2006, Internetquelle (online am 11.8.2006): URL: http://www.presserat.de/uploads/media/Kodex_04.pdf . (Stand: 12.11.2014)

Spiegel (2014): Diskussionsrunden und Schulungen: Wallraff erhielt Honorare von McDonald's. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/burger-king-kritiker-wallraff-erhielt-honorare-von-mcdonald-s-a-968783.html> (Stand: 27.12.2014)

Theveßen, Elmar (2014): Journalisten sind keine Verbrecher. URL:

<http://www.heute.de/nr14-jahrestagung-des-netzwerks-recherche-you-never-walk-alone-33917386.html> (Stand: 5.12.2014)

Trägerverein des Deutschen Presserats e.V. URL: www.presserat.de (Stand: 21.12.2014)

Trixa, Maria (2014): Eklat: Freiwild entscheiden sich für Echo-Boycott. URL: http://www.focus.de/kultur/musik/echo-freiwild-berlin-freiwild-kommen-nicht-zur-echo-verleihung_id_3705599.html (Stand: 28.12.2014)

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig angefertigt habe. Ich habe außer den im Literaturverzeichnis und im Text genannten Hilfsmitteln keine weiteren verwendet und alle Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, unter Angabe der Quellen als Entlehnung kenntlich gemacht.

(Joris, Krüger)

16.01.2015